Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 18. | **Berlin, 5. Mai 1934.** | **15. Jahrg.**

Inhalt:

Unaufgeklärte Mißverständnisse.

Die anfängliche Begeisterung der maßgebenden Pariser Presse über das Ergebnis der Warschauer Reise Barthous ist inzwischen wieder einer wesentlich nüchterneren und skeptischeren Beurteilung gewichen. Paris hat sich mit der ihm schmerzlichen Erkenntnis abfinden müssen, daß die Warschauer Regierung nicht daran denkt und keinen Anlaß hat, die von ihr eingeschlagene Linie einer selbständigen und nach allen Seiten hin unabhängigen Außenpolitik zu verlassen. Die vollständige Übereinstimmung der Auffassungen, die Barthou bei seinem Besuch in Prag im Verlauf seiner Unterredungen mit dem tschechischen Außenminister Benesch feststellen konnte, hat in Paris die Erkenntnis, wie sehr Warschau dem französischen Einfluß entglitten ist, nur noch vertieft. „Benesch und Barthou", heißt es in dem Kommunique über den Prager Besuch des französischen Außenministers, „konnten sich einander zu den glücklichen Ergebnissen ihrer freundschaftlichen Unterredungen, die ununterbrochen in absoluter Übereinstimmung geführt wurden, beglückwünschen." Ein ähnlicher Passus war in der amtlichen Mitteilung über den Besuch Barthous in Warschau nicht enthalten. Er hätte wohl auch den Tatsachen wenig entsprochen.

Welche praktischen Folgen hat die Reise Barthous bisher hinsichtlich einer Wiederannäherung zwischen Polen und Frankreich gezeitigt? In gewisser Hinsicht wird die am 30. April abgehaltene Generalversammlung der Polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft einen Prüfstein dafür bilden, ob und inwieweit eine Einigung zwischen Beck und Barthou in einer der wichtigsten Streitfragen, in denen Polen als Fordernder auftritt, erzielt worden ist. Über ihre Ergebnisse ist noch keine Mitteilung erfolgt. Was die Frage des polnisch-französischen Handelsvertrages, einen weiteren wesentlichen Streitpunkt zwischen Paris und Warschau, anlangt, so hatten verschiedene Pariser Blätter gemeldet, daß die Abreise einer französischen Wirtschaftsdelegation nach Polen unmittelbar bevorstehe. Diese Meldung wurde jedoch vom französischen Handelsministerium sofort in ziemlich schroffer Form dementiert. Das hat in Warschau einen schlechten Eindruck gemacht, und das Ministerium sah sich veranlaßt, eine zweite abschwächende Mitteilung herauszugeben, in der es heißt, daß zwar im Augenblick die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen mit Polen nicht beabsichtigt sei, daß aber die zuständigen Amtsstellen demnächst daran gehen würden, solche Verhandlungen vorzubereiten. Auf wirtschaftlichem Gebiet läßt sich zur Zeit also kein Fortschritt in den Beziehungen zwischen Polen und Frankreich feststellen. Es wird Frankreich nicht leicht fallen, die polnischen Forderungen zufrieden zu stellen. Polen verlangt nämlich die Zusicherung eines recht erheblichen Aktivsaldos im Warenverkehr mit Frankreich mit der Begründung, daß es anders nicht seinen Zins- und Amortisationsverpflichtungen gegenüber seinen französischen Gläubigern nachkommen könne.

Ebenso wenig läßt sich gegenwärtig schon erkennen, ob und inwieweit Polen bereit ist, den französischen Wünschen auf politischem Gebiet Rechnung zu tragen. Vermutlich hat Barthou, als er nach Warschau kam, die Absicht gehabt, in dem Konflikt zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu vermitteln. Wenn das der Fall gewesen sein sollte, so hat er für diese Absicht in Warschau wohl wenig Gegenliebe gefunden. Polnischerseits wird jedenfalls entschieden bestritten, daß der französische Außenminister von Beck oder Pilsudski um eine derartige Vermittlung ersucht worden sei. Andererseits hat Benesch jedoch — sicherlich nicht ohne Wissen und Billigung Frankreichs — vor dem Prager Ministerrat kürzlich einen Plan für die Beilegung des Konfliktes, der der tschechischen Außenpolitik mancherlei Schwierigkeiten bereitet, entwickelt. Polen aber hat in dieser Angelegenheit keine Eile; und vor allem hat es nicht nötig, sich von den Tschechen das Gesetz des Handelns vorschreiben zu lassen.

Das gilt auch für das Verhältnis Polens zu den übrigen Ländern Zwischeneuropas. Anscheinend hat sich Barthou in Warschau bemüht, Stimmung für einen engeren Anschluß Polens an die Kleine Entente zu machen. Aber er hat wohl auch in dieser Sache kühle Zurückhaltung gefunden. Polen kann kein Interesse an einer Wiederbelebung dieser alten Schöpfung des tschechischen Außenministers besitzen. Es hat im Gegenteil keinen Anlaß, die Schwächung der Kleinen Entente durch den Balkanpakt, der die Südslawen und Rumänen ihrem tschechischen Bundesgenossen entfremdet hat, zu bedauern. Denn in demselben Maße, in dem diese beiden Länder, die zugleich Donau- und Balkanstaaten sind, sich mehr um die Balkan- als um die Donauprobleme bekümmern, wachsen die Aussichten für Polen, im Donauraum zur Geltung zu kommen. Solange Frankreich durch seinen tschechischen Vasallen den Gang der Dinge an der Donau bestimmte, hatte Polen keine Gelegenheit, dort mit seinen politischen Plänen zum Zuge zu kommen. Es mußte vielmehr befürchten, völlig übergangen und durch irgendeine Donaukonstruktion der französisch-tschechischen Diplomatie direkt geschädigt zu werden, wie es seinerzeit beim Tardieu-Plan der Fall war, den Polen nicht ohne Grund mit kaum geringerer Entschiedenheit als Deutschland abgelehnt hat. Paris hat jedoch — wie es scheint — die Hoffnung noch nicht aufgegeben, Polen doch noch für eine engere Verbindung mit der Kleinen Entente zu gewinnen.

Barthou hat weiter versucht, die Selbständigkeit der polnischen Politik gegenüber der Sowjetunion zu beschränken. Auf diesen Versuch aber hat Warschau sehr ärgerlich reagiert. Denn Barthou glaubte die polnische Rußlandpolitik dadurch auf die französische Linie bringen zu können, daß er Moskau gegen Polen ausspielte. Litwinow geht mit dem Gedanken um, sich in die Arbeit des Völkerbundes einzuschalten; und er hat jetzt einen neuen Vorstoß in der baltischen Frage gemacht, indem er sich mit der Aufforderung an Deutschland gewandt hat, ein die Unabhängigkeit der Randstaaten garantierendes Protokoll zu unterzeichnen. In Warschau hat es befremdet, daß Frankreich diese russische Aktivität billigt und Bestrebungen fördert, die doch offensichtlich geeignet sind, Polen in der Verfolgung seiner baltischen Pläne Schwierigkeiten zu machen. Die Kritik, die in der polnischen Presse an dem Litwinowschen Vorschlag eines baltischen Garantiepaktes geübt wird, richtet sich also indirekt auch gegen Frankreich.

Die Mißverständnisse zwischen Warschau und Paris, von denen Barthou gesprochen hat, sind auch jetzt noch nicht aufgeklärt worden. Frankreich wird seine Versuche, Polen wieder ganz für sich zu gewinnen, fortführen; und auf der anderen Seite wird Polen fortfahren, von seinem großen Verbündeten Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiete zu fordern. Wie die Pariser „Information" wissen will, soll sich Marschall Petain demnächst nach Warschau begeben. Paris will also versuchen, durch seinen Kriegsminister das zu erreichen oder zu vollenden, was seinem Außenminister nicht oder nur unvollkommen geglückt ist: Polen wieder auf den französischen Kurs festzulegen, vor allem in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage, die Frankreich zur Zeit am brennendsten interessiert und in der es ihm am meisten eilt, sich der polnischen Zustimmung zu vergewissern. Dr. K.

Die baltischen Staaten am Scheidewege.

Es war in den ersten Januartagen des Jahres 1934, als die Öffentlichkeit der baltischen Staatenwelt durch eine Alarmnachricht aus ihrem sanften außenpolitischen Schlummer geweckt wurde. Dieser geruhsame Zustand war bis dahin nur zeitweise durch bedrückende Träume von grausamen Eroberungsplänen des „bösen“ nationalsozialistischen Deutschland gestört worden. Die Beunruhigung war indessen nicht gar so schlimm, denn auch diejenigen Letten und Esten, die sich nur widerwillig an die wiedererstandene Großmachtstellung des Reiches gewöhnen konnten und die an eine eingebildete deutsche Gefahr im Osten glaubten oder glauben wollten, mußten sich schließlich sagen, daß diese Gefahr jedenfalls noch nicht unmittelbar über ihren Häuptern schwebe. Man drehte sich also auf die andere Seite und schlief ruhig weiter und verschlief die ersten Sturmzeichen, die darauf hindeuteten, daß in diesem alten geschichtlichen Wetterwinkel Nordosteuropas ganz andere Mächte am Werk waren, ihre politischen Fäden hin- und herzuknüpfen, als der Kinderschreck eines angeblichen nationalsozialistischen Imperialismus. Diese Mächte trieben ihre diplomatischen Laufgräben gegen die Festung der unabhängigen baltischen Staaten vor, um von der so gewonnenen Ausgangsstellung aus in die Festungsmauer künftig mit den Mitteln der Interventionspolitik Bresche legen zu können. Die Nachricht, die in dieser Lage wie die Demaskierung einer Breschbatterie wirkte, tauchte Anfang Januar in den Meldungen der Nachrichtenbüros und in den Blätterspalten auf, gab Veranlassung zu endlosen Pressekommentaren, teils sehr entschieden ablehnenden, teils äußerst zurückhaltenden und vorsichtig tastenden Äußerungen amtlicher baltischer Stellen, wurde bald aufs nachdrücklichste von den Beteiligten dementiert, bald wieder eifrig aufgewärmt und bestätigt, geisterte dann Ende Januar nochmals durch eine Rigaer Agenturmeldung, um dann allmählich wieder der Vergessenheit anheimzufallen. Die Nachricht besagte, der Außenkommissar der Sowjetunion, Litwinow, habe der polnischen Regierung den Vorschlag gemacht, gemeinschaftlich die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der vier baltischen Staaten Finnland, Estland, Lettland und Litauen zu garantieren. Polen wäre auf diese, in freundschaftlichster Form gehaltene Anregung bereitwillig eingegangen und beide Mächte hätten sich bereits gemeinsam an die vier baltischen Staaten gewandt, wie ein solcher Schritt, durch den die Neutralität der baltischen Staaten gesichert werden sollte, von den betroffenen Regierungen aufgenommen werden würde. Der einzige Staat, der sich sofort und völlig eindeutig gegen einen derartigen Pakt aussprach, war Finnland. In der finnischen Presse konnte man lesen, daß die Ablehnung wohl deshalb erfolgt sei, weil man die Freundschaft einer Macht nicht ernst nehmen könne, die auf eine Zerstörung der bürgerlichen Staatenwelt aus sei und deren politische Aktionen letzten Endes immer nur den Zwecken einer kommunistischen Weltrevolution zu dienen haben. Die übrigen baltischen Staaten waren in ihrer amtlichen Stellungnahme außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend, wenn nicht unsicher, was bei der Neuartigkeit der Situation nicht weiter verwunderlich ist. Einerseits klang das Angebot ganz verlockend, andererseits gab es außer den Sowjets und Polen in Europa auch noch andere, im Osten interessierte Mächte, und man wollte es mit keiner verderben. Litauen betonte zudem nachdrücklich, daß die geplante Zweimächte-Erklärung strittige territoriale Fragen zwischen Polen und Litauen in keiner Weise präjudizieren könne. Die klar ablehnende Stellung Finnlands und das Mißtrauen Litauens gegen Polen brachten dann schließlich den baltischen Neutralitätspakt in dieser Form zu Fall. Eine Zeitlang herrschte an der politischen Oberfläche Ruhe.

Die Spitze des russisch-polnischen Vorstoßes war unverkennbar — der deutsch-polnische Vertrag bestand damals noch nicht — gegen das Reich gerichtet. Es war ein Versuch in der langen Kette anderer ähnlicher, das neue Deutschland trotz bündigster Erklärungen maßgebender deutscher Stellen über die Absichten der Reichspolitik unter immer wieder denselben fadenscheinigen Vorwänden zu verdächtigen und die deutsche Friedensliebe anzuzweifeln. Die außenpolitisch interessierte Öffentlichkeit der baltischen Länder sollte aber trotz des Fiaskos dieses russisch-polnischen Paktplanes nicht wieder zur Ruhe kommen. Die gefährdete Lage der Kleinstaatenwelt im nördlichen Zipfel Zwischeneuropas seit der Balkanisierung dieses Raumes durch Versailles war besonders augenfällig in Erscheinung getreten, und die wachsende Erkenntnis, nichts weiter darzustellen, als ohnmächtige Objekte imperialistischer Großmachtspolitik, konnte zur Beruhigung des Baltikums keineswegs beitragen. Auch westlich der deutsch-polnischen Grenzpfähle begann man sich mit der wiedererwachten politischen Aktivität im baltischen Raum zu beschäftigen und in der Presse tauchten Betrachtungen über eine eventuelle Teilung der baltischen Randstaaten in eine polnische und eine sowjetrussische Einflußsphäre mit der Düna als Grenze auf. Inzwischen war Ende Januar die deutsch-polnische Annäherung Tatsache geworden und hatte den um den Spieltisch des baltischen Raumes versammelten Mächten die Karten durcheinandergeworfen. Man mußte sich zunächst in die völlig veränderte Lage hineinfinden, und Herr Litwinow mußte sich, wollte er sein altes Spiel fortsetzen, nach einem neuen Partner umsehen. Der jüdische Außenminister des russischen Sowjetstaates scheint eisern entschlossen zu sein, an seiner Idee einer Garantie der Neutralität der baltischen Staaten festzuhalten und seine verblüfften Zeitgenossen erlebten nun einen Dreh, der seiner politischen Wendigkeit alle Ehre macht. Ende April wird der Garantiepakt sowjetrussischerseits nochmals präsentiert. Der Vergleich mit der ersten Auflage zeigt zwei Abweichungen: erstens soll an Polens Stelle das Deutsche Reich treten und zweitens handelt es sich nicht mehr um eine unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorher verabredete Angelegenheit, sondern sowohl der neue Partner als auch die Objekte des Paktes werden durch den Vorschlag dazu gleicherweise überrascht. Zweck der Übung ist, so sagt Herr Litwinow, dem Frieden im Osten durch Garantie der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der baltischen Staaten einen Dienst zu erweisen und die zur Zeit leider etwas abgekühlten Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion durch den Abschluß eines Vertrages zu festigen. Polen findet bei dieser Erneuerung des alten Spieles überhaupt keine Erwähnung mehr. Jeder harmlose Europäer, der von diesem russischen Vorschlag hört, wird sich unwillkürlich die Frage vorlegen müssen, wovor denn eigentlich diese armen baltischen Staaten geschützt werden sollen und, sollte eine Gefahr tatsächlich da sein, wer denn der Träger dieser Gefahr sei, und ferner, warum denn Polen nicht zur Teilnahme am Pakt aufgefordert wurde, trotzdem es doch mehr als einmal sein starkes Interesse an den baltischen Dingen bekundet hat.

Das Reich konnte selbstverständlich nur eine Antwort auf dieses russische Anerbieten haben, die der strikten Ablehnung. Eine solche Antwort ist inzwischen erfolgt und die Tatsachen des russischen Vorschlages und der deutschen Ablehnung sowie die Begründung derselben sind deutscherseits den baltischen Regierungen amtlich mitgeteilt worden. In der deutschen Mitteilung heißt es klipp und klar, daß die Unabhängigkeit der baltischen Staaten von keiner Seite her bedroht sei, am wenigsten von Deutschland her, ein derartiger Garantiepakt daher völlig unnötig und außerdem auch ungeeignet sei, die deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern. Die bereits vorliegenden Äußerungen der ernstzunehmenden lettischen und estnischen Presse zu diesen Ereignissen lassen deutlich eine Erleichterung darüber erkennen, daß die unerwartete und unerwünschte sowjetrussische Initiative deutscherseits die rechte Abfuhr erhalten hat. Die Entgegnung Litwinows auf die deutsche Ablehnung enthält außer einigen Gemeinplätzen eigentlich weiter nichts als den Ausdruck des Bedauerns über die deutsche Haltung und die nichtssagende Beteuerung, die Sowjetregierung würde jeglichen konkreten Vorschlägen der deutschen Regierung, die zu einer Stärkung des Vertrauens zwischen beiden Staaten führen könnten, ihre Unterstützung angedeihen lassen.

Das sowjetrussische Vorgehen bildet eine eigentümliche jüdische Mischung von Schlauheit, Zynismus und geheuchelter Harmlosigkeit. Im ersten russisch-polnischen Paktplan war für jedermann ein leitender Gedanke zu erkennen und zwar die Abwehr der angeblichen „deutschen Gefahr im Osten“. Damit war diesem Vorstoß bei den leider immer noch zahlreichen Übelwollern des neuen Deutschland eine gute Aufnahme sicher. Der neue sowjetrussische Vorschlag hingegen enthüllt sich ohne weiteres jedem Einsichtigen, gleichviel welcher politischen Einstellung er huldigen mag, als eine leere Geste und, darüber hinaus, als eine Falle, in die der gutgläubige deutsche Michel hineintappen sollte. Die Moskauer Gaukler agieren vor dem europäischen Parterre die Rolle von Biedermännern, die den gewaltanbetenden Deutschen eine gegenseitige Abmachung vorschlagen, die armen kleinen Randstaaten ungeschoren zu lassen. Das setzt selbstverständlich voraus, daß beide Partner sich mit hinterhältigen Gewaltplänen getragen haben, der Russe aber rechtzeitig auf den Pfad der Tugend zurückgefunden hat und den Deutschen nun zwingen will, sich gleichfalls zu bekehren. Die Sowjets wollen als uneigennützige, großmütige Beschützer der angeblich bedrohten baltischen Kleinstaaten dastehen und Deutschland gleichzeitig in die Zwangslage hineinmanövrieren, das Paktangebot ablehnen zu müssen und dadurch als böswilliger Störenfried des osteuropäischen Friedens entlarvt zu werden. Daß die baltischen Staaten gar nicht in dieser Weise betreut werden wollen, scheint Herrn Litwinow wenig anzufechten. Die Politik des Moskauer Kreml will nur ihren gefährlichsten Feind, den deutschen Nationalsozialismus treffen, indem sie Deutschland für die andauernde Spannung im baltischen Raum und zugleich für eine weitere Belastung der deutsch-russischen Beziehungen verantwortlich macht. Europa soll nur eines sehen: Die Sowjets haben dem Hitler-Deutschland einen dem Frieden dienenden Vertrag vorgeschlagen und Deutschland hat die ihm gebotene Hand zurückgewiesen.

Dieses allzu grobschlächtige und leicht zu durchschauende Spiel kann jedoch nur noch auf Leute Eindruck machen, die entweder schlecht unterrichtet oder aber die absichtlich blind sind. In den politischen Kreisen der baltischen Staaten, wo man über den Moskauer Kommunismus und seine weitreichenden Pläne vollkommen im Bilde ist, dürfte das russische Vorgehen die richtige Einschätzung finden. Im Westen Europas, wo die Vorstellungen von osteuropäischen Dingen oft eine wahrhaft erschreckende Ahnungslosigkeit verraten, kann der bolschewistische Dreh vielleicht einigen Widerhall finden, wie das ein Teil der französischen Presseäußerungen vermuten läßt. Für die große Politik indessen sind die moskowitischen Methoden denn doch zu plump und zu primitiv, um erfolgreich zu sein. Die Spekulation auf diejenigen, die nie alle werden, dürfte also diesmal ihren Zweck verfehlt haben.

Es ist nicht weiter erstaunlich, daß die Kleinvölker des Baltikums unter dem wachsenden außenpolitischen Druck immer stärkere Beklemmungen verspüren und auf einen Ausweg aus der ungemütlichen Lage bedacht sind. Weniger zweckmäßig scheinen die Wege zu sein, die bisher dazu benutzt wurden. Man hat von Riga und Reval aus mit mehr Nachdruck als bisher den Versuch wiederholt, eine Aktivierung der schwedischen Ostseepolitik zu bewirken, um in einer Anlehnung an Schweden aus der heutigen Isolierung herauszukommen. Die bevorstehende Reise des schwedischen Außenministers in die baltischen Hauptstädte dürfte mit diesem Versuch zusammenhängen. Große Erfolge kann diese Aktion kaum zeitigen angesichts der in Schweden zur Tradition gewordenen Abneigung gegen jede aktive Außenpolitik. Die schwedische Hoffnung ist jedoch nicht der einzige Trumpf, den die baltischen Staatsmänner zu besitzen wähnen. Die Schöpfung eines baltischen Staatenblocks, bestehend aus Estland, Lettland und Litauen beschäftigt schon seit geraumer Zeit die diplomatischen Kanzleien in Reval, Riga und Kauen und ist heute wiederum auf der Tagesordnung. Das Hindernis, das diese Konzeption bisher nicht zur Wirklichkeit werden ließ — ein estländisch-lettländisches Bündnis besteht schon seit langem und müßte nur noch durch den Beitritt Litauens erweitert werden — liegt in der politischen Schwerfälligkeit und Unbeholfenheit der leitenden litauischen Staatsmänner. Bald war es die Wilnafrage, die den Stein des Anstoßes bildete, da Litauen seine künftigen Bundesgenossen durchaus auf die eigene strikt polenfeindliche Einstellung festlegen wollte, was diesen gar nicht recht war, bald sind es unverständliche litauische Schikanen Lettland gegenüber, durch Sperrung des Eisenbahnverkehrs nach Libau über das litauische Moscheiken. Neuesten Meldungen zufolge ist in der litauischen Haltung eine bemerkenswerte Änderung eingetreten, die wohl durch die immer hoffnungsloser sich gestaltende internationale Lage dieses Staates hervorgerufen ist. Die litauischen Gesandten in Reval und Riga sind nämlich angewiesen worden, bei der betreffenden Regierung wegen einer anzubahnenden Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten auf Grund ihrer politischen Interessengemeinschaft vorstellig zu werden. Welche Folgen dieser diplomatische Schritt haben und ob es nunmehr zu einem baltischen Dreibund kommen wird, bleibt abzuwarten.

Im eigenen Interesse Estlands und Lettlands ist es indessen nach wie vor zu bedauern, daß das Mißtrauen gegen das neue Deutschland einer nüchternen Einschätzung der seitens der Ostpolitik des Reichs den baltischen Staaten gebotenen Chance immer noch nicht Platz gemacht hat. Das bleibt der Zukunft vorbehalten. Es wird gut sein, wenn die Leiter der Geschicke Estlands und Lettlands stets im Auge behalten, daß ihnen die letzte Entscheidung zwischen dem Bolschewismus und der abendländischen Welt nicht erspart bleiben wird. Die einzige Zukunftshoffnung der abendländischen Welt aber ist das Deutschland Adolf Hitlers. Rbs.

Vorschläge zur Wilnafrage.

Der konservative „Czas", der dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Sejmausschusses, Fürsten Radziwill, nahesteht, veröffentlichte einen Artikel, der einen in politischen Kreisen angeblich schon seit einiger Zeit erörterten neuen Vorschlag zur Lösung des polnisch-litauischen Streites enthält: Zwischen Polen und Litauen soll ein politischer Vertrag geschlossen werden, der „mehr als ein Bündnis, jedoch weniger als eine Union" ergeben soll. Zwei Regierungen und zwei Staaten bleiben bestehen, sie bilden aber wenn möglich ein Zollgebiet. Es bleiben auch beide Armeen (vielleicht mit einem gemeinsamen Generalstab) bestehen; auch die Verfassung ist verschieden. Die beiden Staaten sollen aber durch eine gemeinsame „Delegation", ähnlich wie sie ehemals zwischen Österreich und Ungarn bestand, verbunden sein, die ihren Sitz in Wilna haben würde. Die Grenzen beider Staaten bleiben unverändert, doch soll den beiderseitigen Volksgruppen weitgehende Autonomie zugesichert werden. Wilna soll polnische Wojewodschaftshauptstadt bleiben, doch sollen innerhalb der Stadt zwei litauische „Enklaven" gebildet werden. Der Vorschlag führt weiter aus, daß in Wilna die beiden Länderfahnen nebeneinander wehen sollen, daß sogar litauische neben polnischen Soldaten Posten vor dem Gebäude der Delegation stehen und beide Sprachen als Amtssprachen Geltung haben würden. Auch sonst sind noch Einzelheiten für ein friedliches Zusammenleben der beiden Völker und Staaten vorgeschlagen. Es handelt sich hier wohl um einen Versuchsballon von polnischer Seite. Zum mindesten ist der „Czas"-Artikel ein Beweis dafür, daß man auf polnischer Seite die einmal in Fluß gekommene Diskussion über die litauische Frage nicht zur Ruhe kommen lassen will.

Auch in anderen Blättern des polnischen Regierungslagers wird das Verhältnis zu Litauen erörtert. So veröffentlichte der „Kurjer Poranny" Äußerungen des Senators Abramowicz-Wilna, der die Auffassung vertritt, daß erst durch die Schaffung eines besonderen litauischen Staates durch die deutschen Okkupationsbehörden ein neuer Begriff von Litauen entstanden sei. Damit will Abramowicz sagen, Litauen sei in der geschichtlichen Vergangenheit viel mehr der Begriff einer Landschaft, nicht aber einer Nationalität gewesen, einer Landschaft, die sich zwar mit einem Staatsbegriff gedeckt, aber mehrere Nationalitäten wie Litauer, Polen, Weißrussen und andere umfaßt habe. In diesem Sinne habe General Zeligowski nach der Eroberung Wilnas im Jahre 1921 im Auftrage Pilsudskis das sogenannte „Mittellitauen" geschaffen, in dem alle Nationalitäten gleichberechtigt und in gleichem Maße Staatsvolk gewesen seien. Durch die Ablehnung einer Verständigung mit Mittellitauen habe die Kownoer Regierung alle Pläne auf Wiederherstellung des historischen Litauens zunichte gemacht. Indes habe sich Mittellitauen als ein autonomes Gebilde nicht behaupten können, weil sowohl der polnischen als der litauischen Bevölkerung in diesem Gebiete als auch dem Sejm in Warschau „das Verständnis für die Idee der Gemeinschaft des Landes abgingen". Eine grundsätzliche Lösung der Wilnafrage möchte Abramowicz vor allen Dingen in der Änderung der Einstellung Warschaus und Kownos zu Wilna erblicken. Als Folge dieser Änderung müßte seiner Meinung nach wiederum ein autonomes Gebilde, wie das damalige Mittellitauen, entstehen und im gleichen Maße von Litauen und Polen regiert werden.

Nach einer Meldung polnischer Blätter hat die litauische Regierung für eine im Mai stattfindende Eisenbahnkonferenz, an der Vertreter der russischen, lettländischen und litauischen Eisenbahnen teilnehmen, auch die polnische Eisenbahnverwaltung eingeladen. Dies wäre die erste offizielle polnische Abordnung, die nach Kowno fahren würde. Umgekehrt werden auch litauische Ärzte an dem in Warschau stattfindenden Internationalen Tuberkulose-Kongreß teilnehmen.

Die polnische Jugend.

Das Parteiwesen in Polen gerät in immer stärkere Gärung. Das treibende Element ist hierbei allenthalben die Jugend, die nach neuen sozialen Formen und nach neuen geistigen Inhalten sucht. Gemeinsam ist dem Streben der aktivistischen Jugend aller politischen Lager die Absage an den Liberalismus, der Wunsch, sich von dem geistigen Erbe des jakobinischen Westens zu lösen. Die Spaltung der nationaldemokratischen Partei, deren alte Generation noch am festesten im geistigen Schlepptau französischer Ideologien liegt, hat nunmehr auch nach Posen, der bedeutendsten endekischen Hochburg, übergegriffen. Der dortige Verband der jungen Nationalen, der bisher in den engsten Beziehungen zum nationaldemokratischen Lager stand, hat sich von diesem gelöst und zum äußeren Zeichen seiner Verselbständigung seine Geschäftsräume von den Büros der Endeken getrennt. Der Verband zeigt Neigung, mit der Pilsudski-Jugend in engere Fühlung zu treten. Auch aus anderen Orten der Wojewodschaft Posen wird berichtet, daß sich bei den dortigen Gruppen des Verbandes der jungen Nationalen eine Annäherung an die im Regierungslager stehende Legion der Jungen anbahnt.

Das Regierungslager besitzt eine Reihe Organisationen, in der ihre jugendlichen Anhänger und Mitläufer zusammengefaßt sind. Es gibt da vor allem den militärisch aufgezogenen Schützenverband, die militärähnlich organisierte „Legion der Jungen" und einige unmilitärische Verbände. Die eigenartigste dieser Organisationen ist die „Legion der Jungen", die mit dem alten traditionsgebundenen Legionärsverband nichts zu tun hat, sondern ihre eigenen Wege geht. Die Legion ist gegen die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchweg feindlich eingestellt; sie verrät viel Sympathie für bolschewistische Gedankengänge und wird daher vom konservativen Teil des Regierungslagers, insbesondere vom Wilnaer „Slowo", heftig bekämpft und vor allem vom polnischen Episkopat entschieden abgelehnt. Nun hat die Gründung des National-radikalen Lagers Jan Mosdorfs die Einheit der Legion gesprengt. Eine Gruppe Warschauer Jung-Legionäre, der vorwiegend Studenten angehören, hat dem Oberkommandanten der Legion, Zapasiewicz, den Gehorsam verweigert. Die Rebellion richtet sich gegen eine Geheimverbindung innerhalb der Legion, in deren Händen praktisch die Führung des ganzen Verbandes liegt. Diese Geheimverbindung „Alfa", die von einem sich im Hintergrund haltenden Jakob Sperber geführt wird, ist der eigentliche Herd der antikirchlichen, freidenkerischen und sowjetfreundlichen Tendenzen, die sich in der Arbeit der Legion bemerkbar machen. Die Rebellen sind mit diesen Tendenzen nicht einverstanden und erheben gegen die Legionsführung weiter den Vorwurf, weitgehend unter jüdischem Einfluß zu stehen. Die Absplitterungsbewegung hat von Warschau bereits nach anderen Orten übergegriffen; so hat sich in Lemberg eine Gruppe von Studenten von der „Legion der Jungen" getrennt. Die Rebellen lassen Sympathien für das National-radikale Lager erkennen, und es ist damit zu rechnen, daß sie sich dieser Gruppe anschließen, zumal sich die Behörden dem Lager gegenüber nicht feindlich, sondern wohlwollend-abwartend verhalten.

Überall ist die Jugend in Bewegung geraten. Überall ist in ihr ein Suchen und Tasten und zum Teil auch ein ernstes Ringen um neue bodenständige Gemeinschaftsformen lebendig. In die Gärung ist noch keine Klarheit gekommen. Eines scheint allen diesen Gruppen der polnischen Jugend gemeinsam zu sein: die Achtung vor der Person des Marschalls. Aber es ist schwer für diese Jugend, sich an der Gestalt eines einsamen Mannes zu orientieren, mit dem sie kaum eine persönliche Fühlung besitzt und dessen Ziel und Wille selbst von seinen engsten Mitarbeitern oft nur geahnt werden kann.

Der Weg der Deutschen in Polen.

Die deutschen Volksgruppen in Polen befinden sich in einem Zustand innerer Unruhe, der wohl überall dort unvermeidlich ist, wo neue Ideen zum Durchbruch gelangen. Am frühesten und stärksten hat sich diese Unruhe neuen Werdens innerhalb des ostoberschlesischen Deutschtums bemerkbar gemacht; sie hat in letzter Zeit aber auch auf das posensche und pommerellische Deutschtum sichtbar übergegriffen. Spannungen, die innerhalb der deutschen Volksgruppen schon seit längeren Jahren bestehen und ihren Ursprung zumeist in sozialen Mißständen haben, wollen sich lösen. In Ostoberschlesien hat die Entwicklung der letzten Monate einerseits zu einer Absonderung, andererseits zu einem engeren Zusammenschlusse, zu einer allmählichen Überbrückung früherer Gegensätze geführt. Die Deutsche Partei und die Jungdeutsche Partei sind vor einiger Zeit eine lockere Verbindung (ohne organisatorische Festlegung) miteinander eingegangen. Auf der anderen Seite hat sich eine klerikale Gruppe der Christlichen (ehemals Katholischen) Deutschen Volkspartei unter Senator Dr. Pant abseits dieser von den Massen des ostoberschlesischen Deutschtums gewünschten Zusammenschlußbewegung gestellt. Pant geht seine eigenen Wege; seine negative Einstellung zum Nationalsozialismus verbindet ihn mit dem Dollfuß-Staat in Wien, von wo er vermutlich nicht nur ideelle Unterstützung erfährt. In seinem Wochenblatt „Der Deutsche in Polen", das seit Anfang Februar d. J. erscheint, gibt er sich als ein typischer Vertreter der klerikalen Reaktion gegen das neue Deutschland zu erkennen, wofür ihm die „Polska Zachodnia" fast täglich ihre Anerkennung ausspricht.

Als aktivste Gruppe unter den Deutschen Ostoberschlesiens erscheint die von Bielitz ausgehende Jungdeutsche Partei. Sie ist in jüngster Zeit bemüht, mit ihrer Organisation auch in Posen und Pommerellen Fuß zu fassen. Kürzlich sprach der Führer der Partei, Ingenieur Wiesner-Bielitz, zum ersten Male in Posen, Bromberg, Graudenz und anderen Orten. Daß die Versammlungen durchweg gut besucht waren, ist zum mindesten ein Beweis dafür, daß das dortige Deutschtum der Partei ein starkes Interesse entgegenbringt. Dieses Interesse aber wäre schwerlich vorhanden, wenn in den Reihen des posenschen und pommerellischen Deutschtums nicht der Eindruck bestände, daß seine Führung den Erfordernissen der Zeit nicht mehr ganz gerecht zu werden vermag. Hans Wiese-Bromberg hat die tieferen Gründe dieser Unzufriedenheit kürzlich in einem Artikel in der Kattowitzer „Deutschen Volksgemeinschaft" erörtert. Innerhalb des Deutschtums in Polen vollziehe sich gegenwärtig die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen der jungen und der älteren Generation. „Pflichtbewußtsein und innere Härte — so führte Wiese u. a. aus — sind die starken Stützen dieses Teiles der älteren Generation. Was aber auch ihr in hohem Maße fehlt, ist der Geist des Auslanddeutschtums. Dem einzelnen fehlt es an der Entschlußkraft und der Überlegung, selbst zu handeln. Wer dieses selbständige Handeln nicht in seiner Jugend gelernt hat, der kann es sich meist im Alter nicht zu eigen machen, und wer es nicht gelernt hat, in den Gedankengängen einer Volksgemeinschaft, die gleichbedeutend mit Volkssozialismus ist, zu denken, sondern seine Weltanschauung in einer Zeit erhärtete, in der das schnelle Erlangen materiellen Wohlstandes eigentlich erster Maßstab für den Wert des Menschen war, der findet sich in der Gegenwart bei uns nur wenig zurecht. Der Sozialismus muß in uns hineingewachsen sein, wir müssen von Jugend auf an die Notwendigkeit eines solchen Sozialismus eben durch die Volkstumsnot gewöhnt worden sein, sonst wird man ihn entweder gar nicht oder doch nur unvollkommen als einen vorübergehenden Zustand begreifen.... Es ist kein Zweifel, daß, wenn die Wendung kommt, sie ganz anders aussehen wird, als die meisten von den Älteren sie sich wünschen. Wo man hinsieht, fühlt man bei ihnen in erster Linie den Wunsch heraus, die Zukunft möge eine Wendung der Dinge in ihrer materiellen Seite bringen. Den alten Wohlstand, das alte Wohlergehen, überhaupt die Rückkehr früherer Zeiten. Aber daß diese Zeiten niemals wiederkehren werden, daß sich das Rad der Geschichte nicht mehr auf einen früheren Zustand zurückdrehen läßt, das wollen die meisten in ihren Zukunftshoffnungen nicht wahr haben..."

Auf diesen Artikel Wieses und den Durchbruch der Jungdeutschen Partei nach Posen und Pommerellen hat Erik von Witzleben als Nachfolger Graebes in der Bromberger „Deutschen Rundschau" geantwortet. Er wendet sich in seinem Artikel gegen das Vordringen der Jungdeutschen nach Norden: „So stark wir uns mit unseren Freunden in Kattowitz und Bielitz verbunden fühlen —, ihre Spaltpilze möchten wir ungern in das Land an Weichsel und Warthe einschleppen lassen." Witzleben sagt weiter: „Wichtiger als der unfruchtbare Streit zwischen den Generationen ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit." Es scheint aber doch, daß sich das eine nicht vom andern trennen läßt. Es ist nämlich ziemlich sicher, daß es unter den Deutschen in Posen und Pommerellen kaum eine Arbeitslosigkeit geben würde, wenn sich alle deutschen Betriebsinhaber dazu entschließen würden, deutsche Volksgenossen bevorzugt einzustellen. Daß das nicht der Fall ist, beruht nicht zuletzt darauf, daß es die Führung nicht verstanden hat, den Geist des völkischen Sozialismus in den Reihen der gewerblichen und vor allem der landwirtschaftlichen Besitzer deutschen Volkstums in dem notwendigen Maße zu stärken.

Noch eine weitere Folge hat der Vorstoß der Jungdeutschen Partei nach Norden gehabt: Am 29. April erschien in der Bromberger „Deutschen Rundschau" ein Aufruf, in dem sich „Deutscher Jungblock in Polen" als neuer „Zusammenschluß aller aktiven deutschen Kräfte zu positiver Arbeit" vorstellte. Der Aufruf wendet sich offenbar gegen die Initiative, die die Jungdeutsche Partei in Posen und Pommerellen entfaltet. Er wendet sich vor allem an die deutsche Jugend dieser Gebiete, die Politik ihrer Heimat selbst in die Hand zu nehmen; er fordert Achtung vor fremdem Volkstum, treue Kameradschaft unter den Volksgenossen, Dienst an der Volksgemeinschaft. Der „Jungblock" hat seinen Sitz in Graudenz. Ob es ihm gelingen wird, im Deutschtum Boden zu fassen, läßt sich noch nicht übersehen. Die Auseinandersetzung zwischen den Generationen, zwischen der Erneuerungsbewegung und dem alten System ist auch innerhalb des Deutschtums in Polen nicht zu vermeiden. Es ist zu hoffen, daß sie sich in würdigen Formen vollzieht, die dem Ansehen des deutschen Namens in den Augen des wachsamen Polentums keinen Schaden zufügen.

Die Schulanmeldungen in Ostoberschlesien.

Im vergangenen Jahre hatte das Deutschtum in Ostoberschlesien bei den Schulanmeldungen einen bedeutsamen Erfolg zu verzeichnen. Die Zahl der Kinder, die von der polnischen zur deutschen Schule umgemeldet wurden, war im Vergleich zu den Vorjahren ganz erheblich gestiegen. Dieser Erfolg war um so beachtlicher, als die Eltern, die sich entschlossen, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken, damals einem empfindlichen seelischen und wirtschaftlichen Druck von seiten der Behörden wie auch des Westmarkenvereins und des Aufständischenverbandes ausgesetzt waren. Für die Polonisierungspolitik des Wojewoden Grażyński bedeutete dieses mutige Bekenntnis zum Deutschtum eine empfindliche Schlappe; und es war von vornherein damit zu rechnen, daß von den Trägern der Polonisierungspolitik Vorsorge dafür getroffen werden würde, daß sich derselbe Vorgang in diesem Jahre nicht noch einmal wiederholt. Eine entsprechende Aktion, durch die die Eltern schulpflichtiger Kinder an ihre „Pflicht gegenüber dem polnischen Staate" erinnert werden sollten, ließ dann auch in diesem Jahre nicht auf sich warten. Es ist dabei festzustellen, daß sich die amtlichen Stellen an dieser Aktion dieses Mal nicht wie in früheren Jahren unmittelbar beteiligt haben. Die Aktion lag vielmehr in den Händen der Organisationen, die zwar privat sind, aber immerhin über gute Beziehungen (z. B. durch Personalunion!) zu den maßgebenden Amtsstellen verfügen, ferner bei den Industrieunternehmungen, die gerade in ihren Personalbüros fast durchweg völlig polonisiert sind. Der Schlußtermin für die Anmeldungen war auf den 28. April festgesetzt. Ein Dokument dieser Aktion verdient hier festgehalten zu werden. Es handelt sich um ein gefälschtes Schreiben, das den deutschen Erziehungsberechtigten in Eichenau durch die Post am 24. April zugestellt wurde. Zweck dieses Schreibens war, diejenigen, die die Absicht hatten, ihre Kinder zur deutschen Schule anzumelden, von einer rechtzeitigen Verwirklichung dieser Absicht abzuhalten. Das deutschsprachige Schreiben auf gedrucktem Firmenbogen des deutschen Volksbundes (!) hatte folgenden Wortlaut:

„Streng vertraulich!

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß die polnischen Behörden im Einvernehmen mit den polnischen militärischen Vereinigungen einen Anschlag auf alle diejenigen Personen vorbereiten, welche ihre Kinder in die Minderheitsschule angemeldet haben oder noch anmelden wollen. Wir haben alles vorbereitet, um dies zu vereiteln, und zwar haben wir einen neuen Anmeldetermin bei der Wojewodschaft beantragt, welcher auf die Zeit vom 14. bis 19. Mai festgelegt ist. Um Ausschreitungen vorzubeugen, ersuchen wir Sie, in Ihrem eigenen Interesse die erfolgte Anmeldung sofort zurückzuziehen und bei noch nicht erfolgter Anmeldung davon Abstand zu nehmen. Um bei den polnischen Behörden gesichert zu sein, raten wir, die abgeholten Anmeldescheine bei der Gemeindebehörde abzugeben. Neue Formulare erhalten Sie wieder bei der Gemeindebehörde im anberaumten Einschreibetermin vom 14. bis 19. Mai d. J. Wir bitten, dieses Schreiben streng vertraulich zu halten und unserem Rate Folge zu leisten.

Mit deutschem Gruß! I. A.: Kondziela."

Daneben hat es natürlich auch nicht an den aus früheren Jahren gewohnten Drohungen, Lockungen und Gewalttaten gefehlt. Verschiedentlich wurden die deutschgesinnten Erziehungsberechtigten, soweit sie arbeitslos sind, mit einer Kürzung der ihnen zustehenden öffentlichen Unterstützung bedroht oder auch tatsächlich bestraft (z. B. in Pionsek bei Lublinitz). Mehrfach wurde in aller Offenheit die Entlassung aller Arbeiter, die ihre Kinder in deutsche Schulen schicken, gefordert (z. B. in Birkenhain). Wiederholt wurde den deutschen Eltern öffentlich mit Gewaltanwendung gedroht (z. B. in Nikolai). Wie früher wurden deutsche Erziehungsberechtigte in ihren Wohnungen von Mitgliedern des Aufständischenverbandes aufgesucht und gedrängt, ihre Kinder zur polnischen Schule zu schicken (z. B. in Kattowitz-Zalenze und Brzozowitz), wo den betreffenden Arbeitslosen sofortige Einstellung auf der Bleischar-

legrube versprochen wurde). Wenn der Westmarkenverein auf seiner kürzlich in Kattowitz abgehaltenen Generalversammlung in einer Entschließung gefordert hat, daß bei einem Ansteigen der Produktion in erster Linie das polnische Element in den Arbeitsprozeß eingereiht werden soll, vor allem die Personen, die sich durch ihren Kampf um die Befreiung Schlesiens und die Stärkung des polnischen Einflusses dort verdient gemacht haben, so ist damit zugleich das Urteil über diejenigen Arbeitslosen gefällt, die sich zum Deutschtum bekennen und dieses Bekenntnis durch die Anmeldung ihrer Kinder zur deutschen Schule zum Ausdruck bringen. Auch an offenen Gewaltakten hat es nicht gefehlt: In Prietze (Kreis Rybnik), in Bismarckhütte, Antonienhütte und anderen Orten wurden bei Deutschen, die sich durch ihre Standhaftigkeit in der Schulfrage mißliebig gemacht hatten, die Fensterscheiben eingeworfen.

Es wäre natürlich verfehlt, für diese und ähnliche Ausschreitungen und Mißbräuche die polnische Regierung verantwortlich zu machen. Unmöglich werden solche bedauerlichen Ereignisse erst dann sein, wenn sich auch die polnische Seite daran gewöhnt haben wird, im Deutschtum Polens einen Volksteil zu sehen, der dort gleiches Heimatrecht mit dem Polentum besitzt, und wenn Polen die Eigenständigkeit des deutschen Volkstums ebenso anerkannt haben wird, wie Deutschland das gegenüber der polnischen Volksgruppe tut.

Deutsche Kulturarbeit in Ostoberschlesien.

Der Deutsche Kulturbund für Ostoberschlesien, der kürzlich seine diesjährige Generalversammlung abhielt, besteht nun im 7. Jahr. Seine Arbeit ist auf den Grundelementen Heimat und Volkstum aufgebaut. Seit seinem Bestehen hat der Bund zwei Ausstellungen schlesischer Künstler veranstaltet, in denen sich die kunstschaffenden Kräfte des ostoberschlesischen Deutschtums der breiteren Öffentlichkeit vorstellten. Durch zwölf Hochschulwochen, in deren Rahmen Wissenschaftler aus allen Teilen des großdeutschen Raumes zu Worte kamen, wurde die Verbindung der deutschen Volksgruppe zur deutschen Wissenschaft aufrechterhalten. Die Hochschulwochen wurden jährlich von durchschnittlich 400 Hörern besucht; die Vorträge, die dort gehalten wurden, sind in der Zeitschrift „Schaffen und Schauen" veröffentlicht worden. Diese Zeitschrift wird vom Juli d. J. an unter dem Namen „Deutsche Heimatblätter in Polen" in größerem Umfange erscheinen. Der Kulturbund führte weiter vier pädagogische Tagungen durch, die der Weiterbildung der Lehrkräfte der deutschen Volksgruppe dienten. Der Vertiefung des Heimatgedankens waren zwei heimatkundliche Tagungen gewidmet und dient eine heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft, die sich vor allem mit der Erforschung der Siedlungsgeschichte des oberschlesischen Landes befaßt. Zwei Lehrgänge für Jugendführer befaßten sich mit dem Thema „Wanderkunde und Heimtätigkeit" und „Arbeitslager und Siedlung". Im Anschluß an den zweiten Lehrgang, an dem 115 Jugendführer teilnahmen, wurde das erste deutsche Arbeitslager in Ostoberschlesien durchgeführt. Die Durchführung des vorbereiteten zweiten Lagers wurde von der polnischen Behörde verboten. In Kattowitz wurde eine deutsche Akademikertagung veranstaltet, auf der Dr. Ulitz über „Das Deutschtum in Ostoberschlesien", Prof. Brandt-Prag über „Staat und Wirtschaft" und Horst Grüneberg-Frankfurt-Oder über „Die Stellung der jungen Generation zu Politik und Wirtschaft" sprachen. Zwölf Singwochen dienten der Verbreitung des deutschen Volksliedes, zu denen sich z. T. Deutsche aus allen Teilgebieten Polens vereinten. Ferner wurden drei Kindersingwochen veranstaltet, sowie geistliche und weltliche Abendsingen abgehalten. Ein Musikamt wurde im Jahre 1929 ins Leben gerufen. Zwei Lehrgänge für Instrumentalmusik schulten Gitarrenspieler und Hausmusikorchester. Weiter fanden vier Lehrgänge für Körperkultur und Leibesübungen von ein- bis zweiwöchiger Dauer und ein Lehrgang für Puppenspieler statt. Vier Laienspielkurse und eine Laienspielberatungsstelle, zwei Volkstanzkurse, zwei Sprechchorkurse und eine Stelle für Lichtbildervortragswesen verstanden es, den Veranstaltungen der deutschen Vereine viel Anregung und Bereicherung zu geben. Bei Dichterabenden, die der Kulturbund veranstaltete, lasen oder sprachen bekannte Dichter aus Ostoberschlesien wie aus dem Reiche. In zahlreichen Einzelvorträgen wurden namhafte Professoren und Forscher verpflichtet. Außerdem wurden von den Rednern des Kulturbundes selbst Hunderte von Einzelvorträgen gehalten. Für die deutsche Jugend wurden drei Jugendwanderheime zur Verfügung gestellt. Drei Jugendtage vereinigten Tausende deutscher Jungen und Mädel.

Ergänzt wurde die Tätigkeit des Deutschen Kulturbundes durch die umfangreiche Arbeit des Verbandes deutscher Volksbüchereien in Polen, dessen Schwergewicht in Ostoberschlesien liegt, dessen Arbeit sich aber auch auf die ehemals österreichischen Gebietsteile Polens erstreckt. Die Zahl der Büchereien und Lesezirkel des Verbandes ist von 1926 bis 1934 von 122 auf 352 gestiegen. Der Gesamtbücherbestand betrug 1926 rund 70 000 und beträgt gegenwärtig über 270 000 Bände. Der Schulung und Beratung der ehrenamtlichen Büchereileiter dienten zwölf Büchereitage und Hunderte von Büchereibereisungen; demselben Zweck dienen die literarische Beilage der Verbandszeitschrift „Schaffen und Schauen", in der fortlaufend die wesentlichen und für Büchereizwecke geeigneten Neuerscheinungen besprochen werden, ferner ein „Berater für Laienspiele und Lichtspielwesen", ein Auswahlverzeichnis „Die deutsche Bücherei in Polen" und die Musterkataloge der Myslowitzer, Kattowitzer und Königshütter Büchereien. Am systematischen und sachgemäßen Ausbau des Büchereiwesens wird unausgesetzt gearbeitet.

Studnicki: Deutsch-polnisches Bündnis.

Professor Wladyslaw Studnicki, der sich schon in früheren Jahren — damals als politisch Einsamer — für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit eingesetzt hat, hat kürzlich in einem längeren Artikel noch einmal ausführlich seinen deutschfreundlichen Standpunkt begründet. Seine Betrachtungen verdienen insofern Beachtung, als sie Wege und Ziele weisen, die in mancher Hinsicht eine merkbare Ähnlichkeit mit den außenpolitischen Bestrebungen des Obersten Beck aufzuweisen scheinen. Studnicki geht in seinen Betrachtungen von den russischen Verhältnissen aus. Rußland verfolge nicht anders als früher auch heute noch imperialistische Ziele. Es befinde sich gegenüber Asien nicht ausschließlich in der Defensive, sondern zugleich auch in der Offensive. Es sei in der Defensive gegenüber Japan, in der Offensive gegenüber China und Indien. Rußland führe in Asien den Kampf nicht gegen Asien, sondern gegen die industriellen Länder Europas.

„... Der Imperialismus, der sich durch die ganze Geschichte Rußlands herausgebildet hat, wechselt die Form, ändert seine Ideologie, bleibt aber im Grunde genommen derselbe: eine ungehemmte Eroberungssucht, ein Streben, das sich stets in der Richtung des geringsten Widerstandes bewegt." Die starke Wand, fährt Studnicki dann fort, die Europa vor Rußland geschützt habe, seien früher Deutschland und Österreich-Ungarn gewesen, heute seien es Rumänien und Polen. Diese würden ihrer Aufgabe aber nur gerecht werden können, wenn sie die Unterstützung Mitteleuropas, d. h. vor allem Deutschlands besitzen, das den natürlichen Kristallisationsmittelpunkt des mitteleuropäischen Blockes darstelle. Dieser Block müsse alle seine Mitglieder durch Präferenzzölle und ein politisches Bündnis umfassen.

Über die Konstruktion dieses Blockes führt Studnicki dann noch im einzelnen folgendes aus: Um den Block in sich fester zu schließen, müssen die Bestimmungen des Trianondiktates verschwinden, muß Ungarn teilweise wiederhergestellt werden und zwar derart, daß Polen und Ungarn wieder wie früher eine gemeinsame Grenze besitzen. „Die Beseitigung des sog. tschechischen Korridors (der die Slowakei und Karpathorußland umfaßt) stärkt die internationale Position Polens und Ungarns, stärkt ihre Stellung gegenüber Deutschland, zerschlägt die Kleine Entente, entfernt die Tschechoslowakei von Rumänien und stärkt dadurch die polnischen Einflüsse und die polnische wirtschaftliche Stellung in Rumänien. Die Frage der Aufhebung des tschechischen Korridors ist heute nicht aktuell... Diese Absichten können erst nach dem vollzogenen Anschluß Österreichs an Deutschland verwirklicht werden, wenn die deutsche Frage des tschechischen Teiles auf die Tagesordnung gesetzt ist. Man muß sich wirklich über die ungarischen Politiker wundern, die sich am Bande Italiens führen lassen wollen, das gegen den Anschluß ist, statt mit Deutschland am Zustandekommen des Anschlusses mitzuwirken... Polen muß zu einem engen Bündnis mit Deutschland durch Unterstützung der deutschen Anschluß-Tendenzen sowie der deutschen Forderungen in der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands in bezug auf seine Rüstungen kommen. Ein gerüstetes und mächtiges Deutschland kann für Polen ein wirklicher Schutz vor Rußland sein."

Deutschland verfolge heute große Ideen, deren Grundlage der Anschluß sei, der ihm einen Ausgang auf den Balkan und nach Kleinasien öffne. Im Falle eines Kampfes zwischen Mitteleuropa und Rußland sei von Rußland nicht die Ukraine zu lösen, sondern der Kaukasus mit seinen Naphta- und Manganvorkommen, mit einem Worte, mit den Rohstoffen, die heute erstklassige Bedeutung haben. Durch die Loslösung des Kaukasus von Rußland und seine Einverleibung in den mitteleuropäischen Block werde dessen Übergewicht über Rußland sichergestellt, seine Position im internationalen Existenzkampfe gestärkt. Deutschland könne seine erstklassige Stellung nur durch die Blockierung mit Mitteleuropa in einem Bündnis mit Polen erhalten. Was Polen anlange, so sei es heute mit seiner gering entwickelten Industrie, seinem mangelhaften Verkehrswesen und belastet durch fremde Volksgruppen noch als ein schwacher europäischer Staat zu bezeichnen. Polen aber könne und müsse ein mächtiger Staat werden. Doch woher könne es günstige Möglichkeiten der Entwicklung seiner Kräfte erlangen? In erster Linie aus Deutschland!

Die Entwicklung der Polen in Deutschland.

Daß Deutschland mit dem Wort des Führers über die Achtung vor fremden Volkstum ernst macht, wird auch von der Presse des Polenbundes heute nicht mehr bezweifelt oder bestritten. Im Gegenteil bietet gerade die Polenbundpresse selber eine Fülle von Beweisen dafür, wie aufrichtig und konsequent das neue Deutschland entschlossen ist, Schluß zu machen mit dem Geiste der Entnationalisierung, wie ihn das liberalistische Zeitalter hervorgebracht hat und wie er heute noch im ganzen nichtdeutschen Europa seine täglichen Triumphe feiert — zum Schaden der friedlichen Entwicklung der Völker. In den preußischen Ostprovinzen sind im Laufe der letzten Monate eine ganze Reihe neuer polnischer Kindergärten, Gesang- und Sportvereine, Sprachkurse und sonstiger Organisationen entstanden. In Allenstein, der Hauptstadt des Ermlandes, wurde erst kürzlich, am 9. April, zusammen mit einem polnischen Kindergarten eine private Volksschule mit polnischer Unterrichtssprache errichtet, die erste Schule dieser Art, die nach einer mehrjährigen Erschöpfungspause vom Verband der polnischen Schulvereine auf Grund der Minderheiten-Schulverordnung vom Dezember 1928 ihrer Bestimmung übergeben werden konnte.

Der Polenbund wird von Seiten der deutschen Regierung praktisch als die berufene Vertretung der polnischen Volksgruppe in Deutschland anerkannt. Beschwerden, die vom Polenbund weitergeleitet werden, werden von den deutschen Amtsstellen in jedem Falle entgegengenommen und geprüft, und, wenn sie sich als begründet erweisen, wird für Abhilfe Sorge getragen. Bedeutsam sind einige grundsätzliche Entscheidungen, die in letzter Zeit auf Grund von Polenbundbeschwerden von den zuständigen deutschen Stellen getroffen worden sind. Die eine Entscheidung betrifft die Frage, ob Angehörige der polnischen Volksgruppe der Deutschen Arbeitsfront angehören müssen oder dürfen. Auf eine entsprechende Eingabe des Polenbundes hat der Preußische Minister des Innern nach Angabe der „Gazeta Olsztynska" folgende Antwort erteilt:

„Die von Ihnen an Hand des Falles Rutz vorgetragenen grundsätzlichen Schwierigkeiten in der Behandlung der Frage der Mitgliedschaft der Minderheitsangehörigen zur Deutschen Arbeitsfront sind inzwischen durch die getroffenen gesetzlichen Anordnungen dahingehend klargestellt, daß im Gegensatz zum Reichsnährstand (zu welchem kraft des Gesetzes alle Landwirte gehören, so daß besondere Eintrittserklärungen nicht in Frage kommen) die Deutsche Arbeitsfront auf freiwilliger Mitgliedschaft aller Arbeiter beruht, die sich der deutschen Volksgemeinschaft zugehörig erachten. Es erscheint somit gegeben, daß Personen, welche sich zur polnischen Minderheit bekennen, nicht ihren Eintritt in die Deutsche Arbeitsfront erklären, da sie durch ihren Eintritt ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum abgeben würden. Wenn im November 1933, also zur Zeit der Entscheidung der Deutschen Arbeitsfront, bei örtlichen Stellen über diese grundsätzlichen Fragen Irrtümer bestanden haben, so sind diese Irrtümer inzwischen überall geklärt. Wiederholungen von Verstößen gegen die Eigenständigkeit der Minderheiten auf diesen Gebieten dürften im allgemeinen wohl nicht mehr zu erwarten sein. Es erübrigt sich wohl, besonders zu betonen, daß den Mitgliedern der Minderheit aus der Tatsache ihrer Nichtzugehörigkeit zur Deutschen Arbeitsfront besondere Nachteile nicht erwachsen."

Die „Gazeta Olsztynska" bemerkt hierzu: „Die vorstehende Entscheidung des Preußischen Ministers des Innern ist endgültig. Sie entspricht, wie wir sehen, vollkommen der allein richtigen und gerechten Ansicht unserer obersten Organisation," — also des Polenbundes.

Im zweiten Falle handelt es sich um die Frage, ob Kinder polnischer Volkstumsangehöriger gezwungen werden können, am Landjahr teilzunehmen. Zweck des Landjahres ist, die schulentlassene Jugend durch einen längeren Aufenthalt auf dem Lande mit der Landarbeit und dem Landleben bekannt zu machen, sie enger mit Heimat und Volkstum zu verbinden und ihr durch eigenes Erleben das Verständnis für den nationalen Wert des Bauerntums zu geben. Im Art. 5 des Gesetzes heißt es, daß die Kinder während des Landjahres nach den Grundsätzen und im Sinn des nationalsozialistischen Staates erzogen werden sollen. Der Polenbund befürchtete nun, daß die Kinder polnischer Eltern durch die Teilnahme am Landjahr der „Gefahr der Germanisierung" ausgesetzt sein würden, und wurde im Preußischen Kultusministerium dieserhalb vorstellig, mit dem Erfolg, daß — wie die „Gazeta Olsztynska" berichtet — festgestellt wurde, daß die „polnische Jugend am Landjahr nicht nur nicht teilzunehmen braucht, sondern auch nicht teilnehmen darf". Weiter hieß es: „Die Eltern bzw. die gesetzlichen Vertreter der zur Minderheit gehörenden Kinder, die zum Landjahr einberufen worden sind, erhalten nach Vorzeigung der Legitimation des Polenbundes als Beweis ihrer Zugehörigkeit zur polnischen Minderheit die Befreiung ihrer Söhne und Töchter vom Landjahr. Falls polnische Kinder bereits dem Landjahr angehören sollten, sind die Behörden sogleich zu benachrichtigen, daß das Kind polnisch ist, worauf es herausgenommen werden wird."

Denselben Gedanken der nationalen Eigenständigkeit der Polen in Deutschland, der in diesen beiden Entscheidungen preußischer Ministerien zur Geltung kommt, hat vor einiger Zeit der Oberbürgermeister von Flensburg Dr. Sievers Vertretern der dänischen Volksgruppe gegenüber, die in der Frage der N. S.-Volkswohlfahrt vorstellig geworden waren, zum Ausdruck gebracht, indem er u. a. ausführte: „Wir Nationalsozialisten achten alle diejenigen, die sich frei und offen zu ihrer Nationalität bekennen. So erfreulich es ist, daß überzeugte Deutsche deutschen nationalen Organisationen angehören, so unnatürlich, ja sogar unerwünscht ist es, wenn Mitglieder einer Minderheit sich zum Eintritt in diese Organisationen melden bzw. dazu aufgefordert werden. Wir haben daran kein Interesse . . ."

Ostland-Woche.

Verfehlte Vorwürfe.

Kasimir Smogorzewski veröffentlichte am 20. April in der „Gazeta Polska", deren Berliner Korrespondent er ist, in einem längeren Artikel eine Sammelbesprechung neuer deutscher politisch-historischer Bücher. Smogorzewski geht vom deutsch-polnischen Nichtangriffspakt aus, dessen logische Folge die Einstellung des „Propagandakrieges" sein müsse, und meint dann, daß die deutsche politische Literatur sich noch nicht in diesem Sinne umgestellt habe. Um das zu beweisen, verweist er auf eine Reihe deutscher Bücher, in denen sich, wie er darlegt, eine mehr oder weniger scharfe antipolnische Tendenz feststellen lasse. Er erwähnt folgende Bücher: Otto Weber-Krohse „Landschaftliche Politik", Walter Raschdorff „Deutsche Not an der Weichsel", Georg Cleinow „Der Verlust der Ostmark", Hans Kyser „Lebenskampf der Ostmark" und das Buch des Tschechen Jaroslaw Voska „Polen, das Gefängnis der Völker", das in deutscher Übersetzung herausgegeben und von Cleinow mit einem Vorwort versehen wurde. Smogorzewski erhebt in seinem Artikel gegen Deutschland den Vorwurf, daß es seine ostpolitische Literatur noch nicht genügend auf den Geist des Nichtangriffspaktes eingestellt habe. Dieser Vorwurf ist aus dem einfachen Grunde fehl am Platze, weil keines der erwähnten Bücher nach dem Abschluß des Paktes, bestimmt aber nicht nach dem Abschluß der Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der öffentlichen Meinungsbildung erschienen ist. Die Bücher von Weber-Krohse, Raschdorff und Voska weisen das Erscheinungsjahr 1933 auf; die Bücher von Cleinow und Kyser tragen zwar die Jahreszahl 1934, lagen jedoch bereits Ende 1933 im Druck vor. Die Bücher können also schon aus diesem Grunde nicht als Verstöße gegen den deutsch-polnischen Pakt angeführt werden. Merkwürdig mutet es an, daß Smogorzewski in seinem Artikel sogar ein Buch erwähnt, das überhaupt noch nicht gedruckt ist, sondern sich zur Zeit noch als Manuskript in Arbeit befindet; es ist dies „Das Polen Pilsudskis" von Richard Perdelwitz. Smogorzewski verurteilt also (oder verdächtigt zum mindesten) ein Buch, das ihm noch gar nicht bekannt sein kann.

Noch ein anderer Artikel Smogorzewskis, der in der „Gazeta Polska" am 22. April erschienen ist, sei hier erwähnt; wobei allerdings bemerkt werden muß, daß die Falschmeldung Smogorzewskis im Ausland allgemein verbreitet war. Smogorzewski behandelt die deutsche Rüstungsfrage und schreibt hierbei unter anderem: Für den Geist, in dem die deutsche Jugend erzogen werde, sei es bezeichnend, daß zwei Werke von Ewald Banse zwar verboten worden seien, daß Banse aber nach wie vor in Braunschweig an der Technischen Hochschule Wehrwissenschaft vortrage. Gegen die deutsche Regierung wird also der Vorwurf der Unaufrichtigkeit erhoben. Es hätte sich eine Abfassung des erwähnten Artikels gewiß leicht feststellen lassen (worauf jetzt auch durch eine amtliche Mitteilung noch einmal ausdrücklich hingewiesen worden ist), daß Ewald Banse, dessen wehrwissenschaftliche Auffassungen niemals irgendwie amtlich sanktioniert worden sind, niemals einen wehrwissenschaftlichen Lehrauftrag gehabt hat. Er hatte an der Technischen Hochschule in Braunschweig früher lediglich einen Lehrstuhl für Erkunde inne. Dieser ist ihm im Zusammehang mit dem Verbot seiner Bücher entzogen worden; desgleichen ist ihm der Titel Professor abgesprochen worden. Ewald Banse lebt jetzt als Privatmann in Braunschweig.

Die deutsch-polnische Annäherung.

Am 22. April fuhr ein zweiter Sonderzug mit 1200 deutschen Besuchern von Beuthen nach Krakau. Wie bei der ersten Sonderfahrt, an der 1100 Deutsche teilgenommen hatten, war auch diesmal der Empfang recht freundlich. Die Krakaufahrer wurden mit Hakenkreuzfahnen, die vom Bahnhof herabwehten, und von der polnischen Eisenbahnerkapelle mit dem in ganz Deutsch-

land gesungenen Marschlied der SA. „Lore, Lore" empfangen. Am 29. April ging ein dritter Sonderzug wieder von Beuthen aus in die Beskiden. Inzwischen hat auch in Ostoberschlesien und Krakau die Werbung für Besuchsfahrten nach Deutschland eingesetzt. Die erste polnische Gesellschaftsfahrt wird vom 6.—8. Mai von Krakau nach Berlin führen; dort werden die polnischen Gäste u. a. auch die Ausstellung „Deutsches Volk — Deutsche Arbeit", weiter Potsdam und Wannsee besuchen. Für Ende Mai ist eine Fahrt Warschau—Berlin—Magdeburg in Aussicht genommen; der Besuch wird vor allem den „Kasematten" Magdeburgs gelten, in denen Marschall Pilsudski während des Krieges interniert war und wo er, wie er selbst zu sagen pflegt, „zum General befördert" und „kavaliermäßig behandelt" wurde.

Vom 27.—29. April fand in Warschau ein deutsch-polnisches Tennisfreundschaftsspiel „Legja"-Warschau gegen „Rot-Weiß"-Berlin statt. Als deutscher Spieler zeigte von Cramm ein Spiel, das die Polnische Telegraphen-Agentur als so gut bezeichnete, wie es in Warschau bisher noch nicht gesehen wurde.

Wie schon im März vereinbart worden war, hielten sich während der letzten Tage des April auf Einladung der polnischen landwirtschaftlichen Verbände einige Vertreter des Reichsnährstandes in Warschau auf. Zweck des Besuches war ein freundschaftlicher Gedankenaustausch über agrarpolitische Fragen. Vor führenden Persönlichkeiten der polnischen Landwirtschaft und in Anwesenheit des deutschen Gesandten von Moltke, sprachen Reichskommissar Dr. Reichle über das Problem der Preisregelung für landwirtschaftliche Produkte, Dr. Saures über das deutsche Erbhofrecht und Dr. Winter über den Gesamtkomplex der deutschen Agrarpolitik. Der deutsche Besuch, der keine offiziellen Wirtschaftsverhandlungen zum Zwecke hatte, wird vom 14. bis 16. Mai von Vertretern polnischer landwirtschaftlicher Organisationen erwidert werden.

Im Zusammenhang mit dem Besuch der Vertreter der deutschen Landwirtschaft in Polen waren in Warschau Gerüchte verbreitet, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bald aufgenommen werden. Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, trifft dies nicht zu. Solche Verhandlungen dürften frühestens im Herbst aufgenommen werden, da man erst die Auswirkungen des Zollfriedens auf die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten abwarten und prüfen will.

Während am 28. April zwölf polnische Journalisten zu einem mehrtägigen Besuche Deutschlands in Berlin eintrafen, folgten zu gleicher Zeit vier deutsche Journalisten einer Einladung der polnischen Regierung zu einem Besuche Polens, und zwar je ein Schriftleiter vom „Völkischen Beobachter", vom „Angriff", vom Deutschen Nachrichtenbüro und vom Scherl-Verlag. Sie nahmen an der Eröffnung des neuen Warschauer Flugplatzes teil und kehrten nach kurzem Aufenthalt wieder nach Berlin zurück

Eröffnung des deutsch-polnischen Luftverkehrs.

Am 29. April wurde der neue moderne Flughafen Warschaus, Okenje, in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Gäste feierlich dem Verkehr übergeben. Der polnische Staatspräsident Professor Moscicki, mit ihm die Vertreter der polnischen Staatsregierung, der Generalität, der zivilen und militärischen Luftfahrtorganisationen waren erschienen. Das diplomatische Korps, die Militärattachés waren vollständig vertreten, unter ihnen der deutsche Gesandte von Moltke, der Militärattaché General Schindler und der Direktor der Deruluft, von der Gabelentz, auch die Abordnung deutscher Journalisten, die unter Führung des Gruppenführers Hauptmann a. D. Weiß auf Einladung der polnischen Regierung und in Begleitung mehrerer Mitglieder der Berliner polnischen Gesandtschaft von Berlin nach Warschau geflogen waren. Vom Dach des Empfangsgebäudes wehten die Fahnen der einzelnen Nationen, rechts und links neben der polnischen die Hakenkreuz- und die schwarz-weiß-rote Fahne.

Der Flughafen Okenje liegt etwa zehn Kilometer südlich von Warschau und dient neben seinen militärischen Zwecken vor allem dem Verkehrsflug. Durch die Eröffnung der Fluglinie Berlin—Warschau, auf der der regelmäßige Verkehr am 1. Mai aufgenommen wurde, erhält Warschau den Anschluß an die großen internationalen Linien, die zwischen den Hauptstädten Europas bestehen. Während eine solche direkte Verbindung bisher nicht bestand, ist nunmehr im Zuge der deutsch-polnischen Verständigung ein äußerst wichtiger Bestandteil der gegenseitigen Beziehungen ins Leben gerufen worden. Die Linie Berlin—Warschau wird regelmäßig einmal täglich beflogen werden, und zwar abwechselnd durch Flugzeuge der Lufthansa und der polnischen Fluggesellschaft Lot. Der Abflug in Berlin erfolgt um 15.35 Uhr, die Ankunft in Posen um 17 Uhr, von wo es nach einem 10-Minuten-Aufenthalt nach Warschau weitergeht, wo die Ankunft um 19 Uhr erfolgt. Die Strecke Berlin—Warschau wird also auf dem Luftweg in drei Stunden 25 Minuten überwunden, während der D-Zug für die gleiche Strecke elf Stunden benötigt. Der Abflug von Warschau erfolgt um 10.50 Uhr, die Ankunft in Berlin um 14.30 Uhr. Die Verlängerung der Linie nach Moskau ist geplant, die Verhandlungen darüber schweben zur Zeit noch zwischen Polen und der Sowjetregierung.

Die Aussichten des deutsch-polnischen Güteraustausches.

In einer Veröffentlichung der Deutsch-polnischen Handelskammer heißt es über die voraussichtlichen Auswirkungen des deutsch-polnischen Protokolls v. 7. März u. a.: „Welche Auswirkungen das Abkommen im einzelnen haben wird, ist z. Zt. noch schwer zu übersehen. In polnischen Wirtschaftskreisen rechnet man zunächst mit einem Anwachsen der gegenseitigen Umsätze um 25 bis 35 v. H. Aus ihrer Steigerung dürfte neben der Eisenindustrie das polnische Holzgewerbe und die Petroleumwirtschaft Nutzen ziehen. Auch die polnische Landwirtschaft erhofft Vorteile durch die Gewährung der Durchfuhr für tierische Produkte durch Deutschland nach den westeuropäischen Märkten sowie durch eine erhöhte Ausfuhr von Butter und Eiern. Welche Waren Deutschland in vermehrtem Umfange ausführen wird, läßt sich bei der großen Zahl deutscher Industrieerzeugnisse nicht voraussehen. Jedenfalls werden einer großen Anzahl deutscher Waren, deren Einfuhr nach Polen neun Jahre verboten war, die Grenzen wieder geöffnet. Die Steigerung der Umsätze wird in großem Maße von der Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse in beiden Ländern abhängen. Aber in dieser Beziehung kann man hoffnungsfreudig in die Zukunft schauen. In Deutschland befindet sich die Konjunktur seit Jahresfrist in ständigem Aufstieg, und auch in Polen machen sich Anzeichen einer Besserung bemerkbar. Es wäre überdies falsch, den Wert des Abkommens allein nach seiner unmittelbaren Auswirkung zu beurteilen. Wenn sein Umfang auch verhältnismäßig eng begrenzt ist, so bildet es doch die Grundlage für eine organische Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen, die mit der Zeit zu einem regulären Handelsvertrag führen kann, was das Warschauer Protokoll ausdrücklich mit den Worten der Präambel unterstreicht: „... um die Grundlage für einen weiteren vertraglichen Ausbau ihres Handelsverkehrs zu schaffen ..."

Die 13. Posener Messe.

Am 29. April wurde in Posen auf dem Ausstellungsgelände am Oberschlesischen Turm die 13. Posener Messe durch den Handelsminister Zarzycki eröffnet. Die Messe, die an Ausstellungsfläche und Ausstellerzahl der bisherigen Rekordmesse von 1928 nahekommt, ist ein Spiegelbild der sich bessernden Wirtschaftslage Polens und des wachsenden Vertrauens in- und ausländischer Kreise zur polnischen Wirtschaftsentwicklung. Zweifellos ist dieser Vertrauenszuwachs eine Auswirkung der weitblickenden Außenpolitik der Warschauer Regierung und insbesondere der politischen und wirtschaftlichen Annäherung Polens an Deutschland, welches selbst auf der diesjährigen Messe zum erstenmal offiziell, allerdings nur spärlich, vertreten ist, was darauf zurückzuführen ist, daß das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen erst zu einer Zeit zustande gekommen ist, in der die Vorbereitungen für die Messe bereits im wesentlichen abgeschlossen waren.

Die Einrichtung einer jährlich wiederkehrenden Messe in Posen wurde im März 1920 auf der Vertretertagung des Verbandes kaufmännischer Vereine in Posen beschlossen. Die erste Posener Messe fand im Mai/Juli 1921 statt. Bis zum Jahre 1924 waren als Aussteller nur Unternehmen zugelassen, die ihren Sitz im polnischen Zollinlande hatten. Auf diese Weise wurde die Posener Messe zu einem wesentlichen Faktor für die wirtschaftliche Vereinheitlichung des polnischen Staates. Erst die fünfte Messe in Posen trug internationalen Charakter. Aus genauen Beobachtungen geht hervor, daß etwa 60 v. H. der ausländischen Firmen, die heute auf dem polnischen Markt eingeführt sind, die erste Fühlung mit polnischen Wirtschaftskreisen durch die Messe in Posen erhalten haben. Daraus geht die große Bedeutung dieser Veranstaltung für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen des Auslandes mit Polen deutlich hervor. Posen ist das wirtschaftliche Fenster Polens zur Welt. Auf der diesjährigen Messe sind 38,3 v. H. der Aussteller ausländische Firmen, ein Vomhundertsatz, der bisher noch niemals erreicht worden ist.

Die Unterstützung vorenthalten.

Dem deutschen Volkstumsangehörigen Vinzent Zydek aus Bobrownik ist ein Schreiben des Starosten zugegangen, worin ihm mitgeteilt wurde, daß ihm die Auszahlung der einmaligen Unterstützung und die Ausgabe von Lebensmitteln verweigert werde. Es sei nämlich festgestellt worden, daß er „Kurier" der Deutschen Partei in Bobrownik, Verbreiter der „Deutschen Volksgemeinschaft" sei und sich an der Einrichtung eines deutschen Volksbundsheims beteiligt habe. Trotzdem Zydek für keine dieser Tätigkeiten eine Entschädigung erhalten hat, wird ihm die Unterstützung entzogen.

Ein anderer Fall: In Bismarckhütte hat der Arbeitslose Oskar Marondel seine Kinder in die deutsche Schule umgemeldet. Bisher erhielt er für seine fünfköpfige Familie eine monatliche Unterstützung von 14 Zloty, 35 Pfund Mehl und fünf Portionen Mittagessen zu fünf Groschen aus der Arbeitslosenküche. Als er jetzt die Arbeitslosenunterstützung abholen wollte, wurde ihm mit-

geteilt, daß sein Name nicht mehr in der Liste enthalten sei; er solle sich die Unterstützung dort holen, wo er seine Kinder in die Schule schicke. Und als Frau Marondel in der Suppenküche das Mittagessen holen wollte, sollte sie auf einmal statt der üblichen fünf Groschen 25 Groschen für eine Portion bezahlen. Das war der Frau natürlich nicht möglich, und so blieb die Familie ohne Mittagessen. Derartige Fälle, in denen deutschen Volkstumsangehörigen die Unterstützungen widerrechtlich entzogen wird, ereignen sich immer wieder.

Prinz von Pleß im Gefängnis.

Der Prinz von Pleß, der vor einiger Zeit vom Burggericht Nikolai wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz über die Beschäftigung von Ausländern zu 3 Monaten Haft verurteilt worden war, hat sich sofort nach der Rückkehr von einer Auslandsreise am 2. Mai dem Gericht zum Strafantritt zur Verfügung gestellt. Der Prinz von Pleß war beschuldigt worden, einen Danziger Staatsangehörigen in seiner Brauerei in Tichau beschäftigt zu haben. Das Urteil des Burggerichts war vom Warschauer Obersten Gerichtshof bestätigt und damit rechtskräftig geworden. Der Prinz hat die Strafe bereits angetreten! Gar mancher Pole wird nicht wissen, ob er sich darüber freuen soll, daß „die Gerechtigkeit gesiegt" hat, oder sich mehr der moralischen Niederlage schämen soll, die Prinz von Pleß durch seinen Strafantritt der polnischen Rechtsprechung bereitet hat.

Polnischer Suffragan-Bischof für Ostoberschlesien.

Zum Suffragan-Bischof der Diözese Kattowitz ist der Pfarrer von Myslowitz, Teophil Bromboszcz, ernannt worden. Der neue Bischof steht im 48. Lebensjahr, ist in Kattowitzer Halde geboren und studierte in Breslau, wo er 1912 die Priesterweihe und 1918 das Doktorat der Theologie erhielt. Er war dann später in Stettin und darauf als Militärgeistlicher in Gnesen und Thorn tätig. Nach dem Kriege betätigte er sich von Breslau aus, wo er zwei kirchliche Blätter in polnischer Sprache herausgab, im polnischen Sinn und verließ nach der Abstimmung Deutschland, um in Ostoberschlesien eine Pfarrstelle zu übernehmen. Seit 1927 war er Pfarrer in Myslowitz.

Die Amtssprache in der katholischen Kirche.

Der Bischof von Kattowitz, Adamski, hat für seinen Amtsbereich eine Verordnung über die Amtssprache für Geistliche und Kirchenbeamte erlassen. Danach ist die Amtssprache im Kirchendienst und den Gläubigen gegenüber das Polnische; mit Gläubigen deutscher Nationalität, die sich an die Geistlichen in deutscher Sprache wenden, ist in derselben Sprache zu verkehren. Kirchliche Versammlungen sind grundsätzlich in polnischer Sprache zu führen, doch sind die Ansprachen, wenn die anwesenden Deutschen das Polnische nicht beherrschen, auch ins Deutsche zu übersetzen. Ob diese Verordnung von den Geistlichen auch durchgeführt werden wird, steht noch dahin.

Englische Anleihe für die polnischen Staatsbahnen.

Nach langen Verhandlungen ist zwischen den polnischen Staatsbahnen und der englischen Firma Westinghouse Ltd. ein Anleihevertrag unterzeichnet worden. Westinghouse gewährt den Staatsbahnen eine Anleihe von 132,4 Mill. Zloty, rückzahlbar in 10 Jahren und mit 6½ v. H. zu verzinsen. Die Anleihe besteht in der Lieferung von Luftdruckbremsen, mit denen die englische Firma die Güterwaggons der polnischen Staatsbahnen ausstattet. Der deutschen Wirtschaft ist hier ein großer Auftrag entgangen. An sich hätte die Ausstattung der polnischen Eisenbahnwaggons mit Knorr-Luftdruckbremsen wohl näher gelegen als die mit Westinghouse-Bremsen. Aus dem Anleihevertrag ist zu entnehmen, daß Westinghouse sich verpflichtet hat, 60 v. H. des Auftrages in Polen herzustellen und nur 40 v. H. in England. Die polnischen Fabriken werden die Bremsen vollständig nach den englischen Patenten herstellen, die den polnischen Staatsbahnen auch für die Zukunft unentgeltlich zur Verwertung überlassen werden. Bei den Bremsen werden die neuesten Einrichtungen, insbesondere die neue schwedische Regulierung der Bremsen „S. A. B." verwendet werden. Der Auftrag ist binnen sechs Jahren auszuführen. Von polnischer Seite wird unterstrichen, daß die Erteilung dieser Anleihe, eine der größten, die in den letzten Jahren von der englischen Industrie gewährt wurden, als ein Zeichen des wachsenden Vertrauens zu Polen anzusehen ist.

Die Friedenshütte im Besitz des polnischen Staates.

Nach einer Meldung der „Gazeta Polska" hat die Polnische Landeswirtschaftsbank ein größeres Aktienpaket der Friedenshütte erworben. Die Aktien des Unternehmens befanden sich bisher ausschließlich im Besitz des Grafen Ballestrem und der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs AG. Durch diese Transaktion hat das polnische Kapital in eines der bedeutendsten Industrieunternehmen Oberschlesiens Eingang gefunden und entscheidenden Einfluß auf die Geschäftsführung erlangt. Diese Meldung bestätigt die vor kurzem durch die Presse gegangenen Nachrichten über die Ausübung des Optionsrechtes auf 52 v. H. des Aktienkapitals der Friedenshütte, das der Regierung in der außerordentlichen Generalversammlung vom Dezember 1932 eingeräumt worden war. Damals war das Aktienkapital von 70 Mill. Zloty (davon gehörten Graf Ballestrem-Planiowitz 27 509 000 Zloty, der Rudaer Steinkohlengewerkschaft 20 091 000 Zloty, der Oberbedarf 20 400 000 und der Friedländer-Fuldschen Vermögensverwaltung 2 Mill. Zloty) auf 50 Mill. Zloty herabgesetzt worden, die nach wie vor fast ausschließlich im Ballestremschen Besitz blieben. Wenn das Optionsrecht in vollem Umfange ausgeübt worden ist, sind in den Besitz der Landeswirtschaftsbank 26 Mill. Zloty, also die Mehrheit, übergegangen, so daß die von der „Gazeta Polska" gezogenen Schlüsse über die Möglichkeiten der entscheidenden Einflußnahme auf die Geschäftsführung durchaus berechtigt sind. Bemerkenswert ist es, daß die Option nicht unmittelbar von der Regierung, sondern durch eine der Staatsbanken ausgeübt worden ist. Die Friedenshütte AG beschäftigte am 31. Dezember vorigen Jahres 3402 Arbeiter und 331 Beamte in der Friedenshütte, 1421 Arbeiter und 182 Beamte in der Baildonhütte, 123 Arbeiter und 7 Beamte in Tarnowitz und Radzionkau und 143 Beamte in der Zentrale, insgesamt 4946 Arbeiter und 663 Beamte.

Ein landwirtschaftlicher Fünfjahresplan in Polen.

Die polnische Regierung hat einen Fünfjahresplan für den Umbau des landwirtschaftlichen Systems in Polen beschlossen. Für die Durchführung sollen 181 Millionen Zloty bereitgestellt werden. Das Kernstück des Planes ist die bäuerliche Siedlung. Nach den Darlegungen des Landwirtschaftsministers zwingt der starke Zuwachs der Dorfbevölkerung Polens zu einer großzügigen Parzellierungsaktion, da sich der Volksüberschuß in absehbarer Zeit wieder in die Industrie noch ins Ausland wird ablenken lassen. Das erforderliche Land soll durch zwangsweisen Aufkauf auf Grund der Agrarreform und durch die Übernahme von Grundstücken als Bezahlung für Finanzverpflichtungen beschafft werden; ferner werden die im Besitz des Staates und der staatlichen Landwirtschaftsbank befindlichen Güter zur Verfügung stehen. Auf diese Weise können nach der Berechnung des Ministers von Staats wegen im Laufe der nächsten fünf Jahre 225 000 Hektar der Besiedlung zugeführt werden. Davon sollen etwa 40 v. H. (das sind 90 000 Hektar) auf die westlichen Wojewodschaften entfallen. Zu dieser staatlichen Landaufteilung soll dann noch die private Aufteilung hinzukommen, die nach dem Fünfjahresplan durch staatlichen Einfluß „in rationeller Weise und in einer den Staatsinteressen erwünschten Richtung" gefördert werden soll. Bei vorsichtiger Schätzung rechnet der Minister damit, daß von privater Seite innerhalb der nächsten fünf Jahre mindestens 400 000 Hektar aufgeteilt werden. Die Gesamtfläche, die nach dem Plan parzelliert werden soll, beträgt also 625 000, im Jahresdurchschnitt 125 000 Hektar. Neben der Parzellierungsaktion soll die Zusammenfassung (Flurbereinigung) im Rahmen des Fünfjahresplanes in großzügiger Weise fortgesetzt werden. Das Programm der Zusammenfassungsarbeiten für die Jahre 1934 bis 1938 umfaßt über 400 000 Wirtschaften mit einer Gesamtfläche von mehr als 2,3 Millionen Hektar. Die Meliorationsarbeiten werden sich zunächst noch, da es hierzu an den erforderlichen großen Mitteln fehlt, in bescheidenem Rahmen bewegen. Doch sind einige größere Projekte ins Auge gefaßt.

Die Ranserner Schleuse in Betrieb.

Am 30. April wurde die unweit von Breslau gelegene große Ranserner Schleuse dem Verkehr übergeben. Dadurch wurde für die Oderschiffahrt eine wesentliche Erleichterung geschaffen. Die ersten Arbeiten an der Schleuse waren vor fünf Jahren ausgeführt worden, mußten aber dann vorübergehend wegen Mangels an Mitteln eingestellt werden. Erst ab 1932 konnten die Arbeiten ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden. In dem letzten Jahre ist dann sogar mitunter in drei Schichten gearbeitet worden. Bis jetzt hatte die in den Kriegsjahren fertiggestellte erste Ranserner Schleuse, die die letzte Schleuse nach dem Unterlauf der Oder hin ist, den gesamten Verkehr zu bewältigen. Diese Schleuse ist technisch schon seit Jahren unzureichend. Die neue Schleuse besitzt eine nutzbare Länge von 225 Metern und ist 12 Meter breit.

Industrielles Umzugsgut nach Ostpreußen frachtfrei.

In der Zeit vom 23. April 1934 bis zum 30. April 1935 befördert die Reichsbahn Maschinen, Werkzeuge und sonstige Gegenstände, die für die Aufnahme eines Betriebes erforderlich sind, und alle Büroeinrichtungen, soweit sie nachweislich am Versandort bereits gebraucht worden sind und in Ostpreußen in neu zu errichtenden oder auszubauenden Betrieben wieder verwendet werden sollen, frachtfrei, wenn das Umzugsgut beim Versand von allen westlich des Korridors gelegenen deutschen Reichsbahnhöfen nach Bahnhöfen der Reichsbahndirektion Königsberg i. Pr. befördert wird. Die Frachtfreiheit wird im Erstattungswege gewährt. Die Anträge zur Erstattung müssen innerhalb sechs Monaten nach Auflieferung der Sendungen mit den Originalfrachtbriefen und der vorgesehenen Bescheinigung der Reichsbahndirektion Königsberg i. Pr. zugestellt werden. Das Umzugsgut muß als Frachtgut befördert werden. Dem Erstattungsantrag ist eine Bescheinigung der Landesplanungsstelle beim Oberpräsidium in Königsberg beizufügen, aus der hervorgeht, daß die in den Frachtbriefen aufgeführten Gegenstände zum Zwecke der Überführung industrieller Betriebe nach Ostpreußen befördert worden sind.

Wenn es nicht gelingt. . .

Bei Eröffnung der 2. Braunen Messe in Danzig am 28. April hielt Senatspräsident Dr. Rauschning eine bedeutsame Rede, in der er vor allem die Notwendigkeit eines geordneten Warenaustausches mit Polen hervorhob. Er führte u. a. aus: Danzigs Wirtschaftslage sei ungleich schwerer als die des Mutterlandes. Danzig habe nur in beschränktem Sinne eine Urproduktion und müsse in allerweitestem Umfange Rohmaterialien und Halbfabrikate aus dem Auslande beziehen. Dazu aber müsse es die Möglichkeit zum Export besitzen. Damit aber sei es zur Zeit schlecht bestellt. Wenn es der Danziger Wirtschaft nicht gelinge, aus ihrer Isolierung herauszukommen, dann müsse sie sich zu Tode bluten.

„Ich stelle nur eine Tatsache fest, wenn ich sage, daß unserer Danziger Wirtschaft nicht nur aufgegeben sein kann, Waren zu beziehen aus dem anderen Lande, sondern daß ihr auch die Möglichkeit gegeben werden muß, ihre Waren bei dem anderen Volke abzusetzen. Auf die Dauer kann keine Wirtschaft bestehen, wenn sie nur bezieht, aber nicht absetzt. Es ist lediglich die Feststellung einer Tatsache, wenn ich sage: Gelingt diese segensreiche Wirkung der Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen Danzigs zu Polen — und zu den übrigen Staaten, vor allem der nordischen und der angelsächsischen Welt — nicht, dann sehe ich keine Möglichkeit, wie unseren Anstrengungen ein Erfolg beschieden sein kann. Es bleibt dann nur der eine Weg: Eine Verselbständigung der Danziger Wirtschaft, die schon allein in der Tatsache begründet ist, daß wir auf die Dauer nicht von einem Volke Rohstoffe beziehen können, ohne Absatzmöglichkeiten zu haben. Danzig ist immer noch der zweitbeste Kunde für den polnischen Absatzmarkt. Es kann auf die Dauer nur zu einer Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zu Polen kommen auf der Plattform der Gleichberechtigung."

Es könne nicht schaden, so schloß Dr. Rauschning, wenn die Bevölkerung aufgeklärt werde über die Gefahrenlage von Staat und Wirtschaft, der einzelne aber solle sein Vertrauen bewahren, daß es gelinge, aus dieser gefährlichen Lage herauszukommen.

Am 1. Mai sprach in Danzig Gauleiter Albert Forster vor über 100 000 Deutschen und in Gegenwart von Vertretern des diplomatisch-konsularischen Korps. Seine Ausführungen waren eine ernste Mahnung an Polen. „Man hat euch", so wandte er sich an die Danziger, „nicht gefragt, ob ihr abgetrennt werden wollet von Deutschland, man hat das Selbstbestimmungsrecht umgangen und Danzig einfach vom Mutterland abgetrennt. Das eine weiß ich: Hätte man euch gefragt, es wäre anders gekommen, als es heute ist. Man hat euch einfach herausgerissen aus dem deutschen Wirtschaftskörper, mit dem wir blutsverbunden sind, und eingereiht in den polnischen Wirtschaftskörper, mit dem wir nicht blutsverwandt sind. Man hat eine Zollunion geschaffen zwischen Danzig und Polen und eine Zollgrenze, die beide Staaten umschließt, und hat das damit begründet, es werde diese Stadt aufblühen, Handel und Wandel gedeihen und für alle eine schöne Zeit kommen. Der Hafen werde voll ausgenutzt werden und Industrie und Handel könnten ihre Erzeugnisse nach dem polnischen Hinterland abführen. So sagte man vor 15 Jahren. Das darf niemals vergessen werden. Ihr habt euch mit diesem Los abgefunden, weil ihr euch habt abfinden müssen. Danzig hat seine Pflichten erfüllt. Es hat sich auf den Boden der Verträge gestellt, es hat sich zu diesen Verträgen bekannt und sie eingehalten. Niemand kann sagen oder beweisen, daß wir auch nur ein einziges Mal sie gebrochen hätten. Trotzdem wir so loyal verfahren sind, müssen wir heute feststellen — und das muß einmal gesagt werden, da es uns schon lange auf der Seele brennt —, daß diesem Danzig von Polen das Leben so schwer gemacht wird, wie es nur irgend angeht. Nicht eine dieser schönen Redensarten von damals hat sich erfüllt. Die Industrie kann nach dem polnischen Hinterland nicht mehr abliefern, weil ihr eine Zollgrenze auferlegt ist, die gegen jedes Recht ist, die gegen die Verträge ist. Der Handel wird immer mehr stillgelegt. Ein neuer Hafen ist gebaut worden, der dazu bestimmt ist, den Verkehr vom Danziger Hafen abzulenken. Handel, Gewerbe und Landwirtschaft und alles, was mit Arbeit zusammenhängt, leidet schwer darunter. . . . Entweder haben Polen und Danzig eine Zollunion, dann muß gleiches Recht für beide gelten, oder sie haben sie nicht, dann steht die Zollunion nur auf dem Papier, dann bringt die Praxis nicht das Wollen derjenigen, die diese Verträge geschaffen haben. Wir verlangen daher auf Grund der Verträge unser Recht, das uns zusteht. Wir verlangen, daß diese Verträge in jeder Form eingehalten werden. Man soll nicht glauben, daß, weil es der Danziger Bevölkerung gelang, ihre deutsche Kultur aufrechtzuerhalten, Danzig nun wirtschaftlich zerstört werden könnte.

Diese Verträge sind für uns die einzige Waffe, die wir besitzen. Wir sind sonst machtlos und wehrlos. Weil aber die Verträge unsere einzige Waffe sind, bestehen wir darauf, daß sie gehalten werden. Wenn man glaubt, sie nicht halten zu müssen und vertragswidrig über sie hinweggehen zu können, dann soll man sich nicht wundern, wenn dieses Danzig zu einer Verselbständigung hintreibt. Man soll sich nicht wundern, wenn angesichts dieser ungerechten Behandlung die gesamte deutsche Bevölkerung Danzigs die bereits bestehende innere und seelische Verbindung mit dem deutschen Vaterland auch äußerlich wünscht!"

Der Ordensstaat.

Im Remter der Marienburg sprach am 30. April der Beauftragte des Führers für die weltanschauliche Erziehung der N.S.D.A.P., Alfred Rosenberg, über den germanischen Herzogsgedanken und die Idee des Ordensstaates als staatsgestaltende Prinzipien der Gegenwart. In seiner großen, an das Wesen der Dinge rührenden Rede führte Rosenberg u. a. aus:

Nicht eine unpersönliche Beamtenhierarchie, nicht ein in unnahbaren Fernen schwebender, sich als Gott fühlender Cäsar verwirklichte sich als Staatsgedanke des germanischen Menschen, sondern das persönliche Verhältnis zwischen Lehnsherrn und Vasallen wurde das wichtigste Element der Lebensgestaltung.

Überall, wo dieses Verhältnis lebendig war, überall, wo ein persönlicher Eid und ein Pflichtverhältnis bestand, war Deutschland stark, wo aber eine abstrakte Theorie zu herrschen begann, da war Deutschland innerlich zermürbt. Aus der Stärke dieses Treueverhältnisses, das Herzog und Mannschaft für immer auf dem Schlachtfeld und im Frieden zusammenband, entstand dann Brandenburg. Dieser Grundsatz war später das tragende Element, das Friedrich den Großen mit seinen Offizieren zusammenschloß, und es bestimmte schließlich auch das Schicksal des deutschen Soldatentums im Weltkriege, als Millionen deutscher Frontkrieger nicht so sehr einem abstrakten Schema, auch nicht einer staatsrechtlich festgelegten Monarchie zuliebe in den Kampf zogen, sondern restlos ihre Kraft einsetzten, als zwei Feldherrnpersönlichkeiten ihnen als die lebendige Garanten ihres tiefsten Willens erschienen.

Es ist nicht wahr, daß es irgendwelche geschichtlichen Gesetze gibt, wonach, wenn die Not groß sei, irgendein Gott oder eine Naturgewalt einem bedrängten Volke einen großen Führer schenke. Eine Riesengestalt, in der sich die Sehnsucht eines vom Schicksal in die Prüfung genommenen Volkes verwirklicht, erscheint nicht alle Jahrzehnte, vielleicht nicht einmal alle Jahrhunderte. Deshalb erhebt sich neben dem ewigen germanischen Instinkt für uns heute auch das Bewußtsein der Pflicht, alles Menschenmögliche zu tun, um eine Form zu finden, damit eine dauerhafte Brücke geschlagen werden kann zwischen einem Großen und dem in unsichtbarer Ferne vielleicht heraufsteigenden anderen, d. h. eine Staatstypik herauszubilden, welche die Fortdauer des einmal von einem staatspolitischen Genie geschaffenen Zustandes in einer dem deutschen Wesen entsprechenden Form sichert und auch dann noch den gesammelten Widerstandswillen verkörpert, wenn nicht ein Herzog allergrößten Formats das Reich führt. Hier tritt als Fortführung und Ergänzung zum Herzogsgedanken das Prinzip des Ordens.

Wir haben gesehen, wie Deutschland hineinwächst in eine ganz neue Form, die wir heute in der Marienburg zugleich als uralt empfinden, in die Form eines deutschen Ordensstaates. Und das bedeutet, daß die nationalsozialistische Bewegung entschlossen ist, aus der Gesamtheit der 70 Millionen einen Kern von Menschen auszulesen und zusammenzufügen, der die besondere Aufgabe der Staatsführung übertragen erhält, dessen Mitglieder in die Gedanken einer organischen Politik von Jugend an hineinwachsen, sich in der Form der politischen Partei erproben, dann gemeinsam das anstreben, was restlos zu verwirklichen auf Erden zwar nicht in allen Einzelfällen möglich ist, was aber trotzdem unverrückbares Ziel der Gesamtheit bleiben muß:

Autorität und Volksnähe als identisch zu empfangen und Leben und Staat demgemäß zu gestalten. Thronte der Cäsar als Halbgott über hundert Völkerschaften, regierte er durch eine Bürokratie und Hierarchie, so muß der Führer des nationalsozialistischen Ordens, der zugleich Führer des Deutschen Reiches ist, die Autorität zwar unerschütterlich wahren, aber im lebendigsten Blutzusammenhange stehen nicht nur mit den Beamten der Partei und des Staates, sondern mit allen jenen Millionen, die sich um S.A., S.S. und Hitler-Jugend und alle der Bewegung angeschlossenen Verbände scharen.

Der Grundsatz, die eigentlichen Regierungsbesprechungen aus dem allgemeinen Thing in einen Rat zu verlegen, ist uralt und zeigt sich als notwendiges Ergebnis schon in der Homerischen Epoche, da Nestor die griechischen Könige beriet; tritt auf in den germanischen Sagen, da Hagen an der Spitze des Kriegerrates am

Hofe von Burgund wirkt; bekundet sich in der Gestalt des Meisters Hildebrand an der Seite Dietrichs von Bern.

Der alte römische Senat ist ebenfalls eine grandiose Schöpfung gleicher Art, gleichwie später die Lübeckische Senatsform die Voraussetzung der Größe der Hansa war und wie das päpstliche Kardinalskollegium die Dauerhaftigkeit des Papsttums mitbegründet...

Auch der Deutsche Orden in Ostpreußen folgte später einem ähnlichen Prinzip, der Ordensrat wählte den Hochmeister, der somit unbestrittener Führer in Krieg und Frieden über den ganzen Ordensstaat wurde... Das ist auch das Wesen, nach dem der nationalsozialistische Orden, der eben im Begriff ist, Staat zu werden, handeln wird.

Bei der Beurteilung des Ordensstaates des sogenannten Mittelalters zeigt sich uns nun eine tiefe Tragik, die auch sonst die Formen des damaligen Lebens durchzieht. Der deutsche Ordensritter war nicht nur Ritter und Staatsgestalter, sondern war auch Mönch. Als Ritter kämpfte er für die Eroberung und Kultivierung seines Bodens, als Ordensrat leitete er die gesamten politischen Geschäfte des Landes, bestimmte das soziale und wirtschaftliche Leben der immer größer werdenden Bevölkerung, aber letzten Endes wurde dieses zugleich asketische Mönchtum nicht in dem Boden seines eigenen von ihm schöpferisch gestalteten Landes verwurzelt. Die Ehelosigkeit der Mönche und Ordensritter war der tragische Vorbote des kommenden Verfalls in dem später von anderen behüteten Lande. Da blühte das Bauwesen, da wurden Städte gegründet, deren Handel und Wandel weit hinübergriff in andere Länder, und mit diesem immer stärker pulsierenden Leben wuchs dann auch das Selbstgefühl der Angesiedelten und seßhaft Gewordenen. Der asketische Mönch aber stand selbstlos als persönlich Armer in der Leitung eines reich gewordenen Landes. Nach und nach wurde so aus blühendem Leben eine Kaste, deren absolute Herrschaft man um die Wende des 15. Jahrhunderts innerlich nicht mehr recht anerkannte. Der Deutsche Orden hat im Gesamtschicksal der deutschen Nation eine der riesenhaftesten Aufgaben erfüllt, aber er konnte die Kontinuität des Staates nicht mehr gewährleisten, weil er mit dem Blute seines Volkstums nicht mehr so verbunden war wie am kämpferischen Anfang seiner Entstehung mit dem eroberten Lande.

Wenn wir im Prinzip des germanischen Herzogs und seiner Gefolgschaft das immer wiederkehrende Phänomen einer großen Gestalt der deutschen Geschichte bewundern, wenn wir im Ordensprinzip, im Senatsprinzip das festeste Gefüge für die Dauerhaftigkeit eines Staatswesens erkennen, so müssen wir für das 20. Jahrhundert die Schlußfolgerung ziehen, daß diese Form getragen werden muß von einer Weltanschauung, welche Abschied nimmt von der blutleeren Askese und zurückfindet zu dem Grundsatz, daß die politischen Führer des nationalsozialistischen Ordens und damit auch des Deutschen Reiches für ewig gebunden werden an den Boden und getragen werden durch das Blut ihres Volkstums, daß somit immer wieder neue Geschlechter entstehen und von Jugend an eingefügt werden in die Verbände der nationalsozialistischen Bewegung, damit Instinkt, gestaltender zielstrebiger Wille, vernunftgemäße Grundsätze auch ihre Darstellung in lebendigen Persönlichkeiten, in einer möglichst großen Führer- und Unterführerschicht des deutschen Volkes finden.

Der Brunkenhofbauer.

Dem Brunkenhofbauern ging jeder im Dorfe aus dem Wege. Man sagte ihm nach, er habe ein zweites Gesicht und sei ein Hellseher.

Das zweite Gesicht sollte der Bauer seiner Geburtsstunde verdanken.

Unter den Leuten ging der Volksglaube um, daß Kinder, die in der zwölften Stunde der Silvesternacht geboren werden, das zweite Gesicht bekämen und später in der Mitternachtsstunde alle die Menschen erblicken, die in Jahresfrist sterben.

Einmal hatte der Brunkenhofbauer mit einem Nachbarn, mit dem Spindler-Friedrich, einen Streit. Der Nachbar war aufgebracht und jähzornig, kam schnurstracks zum Brunkenhofbauer gelaufen, schlug mehrmals mit der Faust auf den Tisch und rief „Saubauer" und „Sauwirtschaft". Darüber wurde der Brunkenhofbauer auch sehr erregt und rief dem Spindler in seinem unbedachten Zorne die Worte zu: „Reg dich nicht auf, Spindler, du, du lebst doch nicht mehr lange!"

Da hatte der Spindler dagestanden wie eine Grabsäule, hatte große Augen gemacht, war weiß im Gesicht geworden und hatte auf einmal das Empfinden als sähe er plötzlich das zweite Gesicht von dem Brunkenhofbauern. Das Grauen packte ihn beim Kopfe und drehte ihn herum. Und dann war er wie ein Besessener zum Haus hinaus, lief über den dunklen Hof und rannte mit der Brust gegen die Deichsel des großen Austwagens. Als er in seiner Stube war, brach er zusammen. Er mußte ins Bett getragen werden. In der Nacht schrie er in wilden Phantasien hell auf: „Der Brunkenhofbauer hot's g'sogt! Der Brunkenhofbauer hot's g'sogt!"

Und ehe der Doktor zur Stelle war, hatte der Spindler-Friedrich schon ausgelitten.

Seit jenem Tage gingen die Leute im Dorfe dem Brunkenhofbauer aus dem Wege.

Die Brunkenhofbäuerin, die von dem Geschwätz gehört hatte, glaubte ihm nicht. Aber sie traute sich auch nicht, den Brunkenhofbauer um Aufklärung zu bitten. Sie ertrug alles geduldig in banger Sorge. Doch der Brunkenhofbauer wurde von Tag zu Tag seltsamer. Er ging frühzeitig einsam aufs Feld, arbeitete dort wie ein Pferd, schaffte für drei. Wenn aber Leute in seine Nähe kamen, dann packte er schon selber Hacke, Gabel oder Sense auf die Schulter und ging heim. Er scheute nun auch die Menschen und mied jede Begegnung mit ihnen.

Als eines Tages auch die Brunkenhofbäuerin daniederlag, weil etwas mit ihrem Herzen nicht in Ordnung war, da fühlte sie, wie der Mann hilfreich und besorgt um sie war, wie er aus ihren Augen jeden Wunsch ablas und ihn erfüllte.

Die Brunkenhofbäuerin wurde nachdenklich. Und plötzlich hatte sie eine unheimliche Ahnung.

Mit ihren großen tiefliegenden Augen sah sie fest in des Brunkenhofbauern Augen. Der aber hielt den Blick nicht aus. Er wurde verwirrt, riß sich von dem Stuhle hoch und brach in die Knie, preßte sein Gesicht in die Rechte des Weibes und schluchzte tief auf: „Marie!"

Nun war es der Brunkenhofbäuerin klar, daß die Ahnung nicht trüge, sie begriff, sie wollte sich ermannen, aber die furchtbare Erregung zitterte zu stark durch ihren Körper, sie kämpfte mit dem Atem und stieß hauchend die Worte hervor: „Ferdinand ..., du ..., du ... weißt mehr ...!" Sie nahm all ihre versiegende Kraft zusammen, raffte sich auf und sank dann mit einem leisen Aufschrei in die Kissen zurück.

Die Brunkenhofbäuerin lebte nicht mehr.

Nun wurde der Brunkenhofbauer ganz Einsiedler und Grübler.

Die alte Tante Jule besorgte hinfort beim Brunkenhofbauer den Haushalt. Und die wußte genau Bescheid, wie es um den Brunkenhofbauer stand. Sie erzählte später einmal, was sie von ihm erfahren hatte.

Dem Brunkenhofbauer bangte vor den Nächten, die die Landschaft in eine geheimnisvolle Dunkelheit hüllten. In gewissen Zeitabständen gab es in manchen Nächten, wenn die Mitternachtsstunde kam, für den Brunkenhofbauern kein Halten. Dann hatte er sein zweites Gesicht. Eine unbezähmbare Macht ließ ihm keine Ruhe, raubte ihm den Schlaf und packte, zerrte und riß ihn so lange, bis er willenlos aufstand, sich in aller Heimlichkeit ankleidete und hinaus auf die dunkle Straße ging, auf der kein Mensch um diese Zeit war. Hier wurden seine Sinne auf etwas Unheimliches, Grauenvolles gelenkt. Aus dem Dunkel der Straße löste sich plötzlich ein näherkommender Zug Menschen in schwarzen Kleidern, denen voran ein Leichenwagen gefahren wurde. Und hinter dem Wagen erkannte der Brunkenhofbauer die Leidtragenden, die dem Sarge folgten. Und so wußte er stets, wer der Nächste unter den Leuten im Dorfe ist, den sie nach dem Friedhof tragen. Erst wenn der Leichenzug lautlos an ihm vorüber war, gewann der Brunkenhofbauer wieder Gewalt über sich und konnte zurückkehren in sein Haus.

Und so hatte er auch einmal hinausgemußt und unter dem Torweg gestanden und willenlos gewartet. Aber es kam niemand die Straße heraufgezogen. Bis endlich neben ihm die Tore sich öffneten und schwarze Männer einen weißen Sarg an ihm vorbeitrugen. Und er fühlte, wie von seinem Selbst ein Schatten sich löste und dem Sarge folgte. Als er dann wieder die Stube betreten hatte, ging ein Stich durch sein Herz, denn jetzt wußte er, daß die nächste die Brunkenhofbäuerin ist ... Das waren nun die schwersten Tage, die der Brunkenhofbauer in seinem Leben hat durchmachen müssen. Die waren schwerer als die Zeit, die er nachdem noch erlebte, als er wieder einmal zu nächtlicher Stunde draußen stand und ein schwarzer Sarg von seinem Hof getragen wurde, hinter dem niemand anders als die Tante Jule ging.

Seitdem hatte der Brunkenhofbauer still mit seinem Schicksal abgeschlossen.

Als bald darauf der Schreiner Drews auf seinem Gehöft war und ihm sagte, daß er nun endlich Zeit habe, des Brunkenhofbauern Wunsch zu erfüllen und den Staketenzaun im Gemüsegarten wieder in Ordnung zu bringen, da lachte der Brunkenhofbauer so seltsam und meinte, daß er sich dann höllisch beeilen müsse, denn am Samstagnachmittag könne er sich nicht mehr freuen, da wäre er schon eine Leiche; er möge doch lieber erst einen Sarg bauen ...

Der Schreiner riß den Mund weit auf, und er fand schnell einen Vorwand, um von dem unheimlichen Gehöft des Brunkenhofbauern zu verschwinden.

Als die Tante Jule am Samstagnachmittag in den Stall ging, den Brunkenhofbauern zu rufen, da fand sie ihn in dem Mittelgange zwischen dem Vieh liegend auf. Der Brunkenhofbauer war tot.

In dem Dorfe aber erzählen die Leute noch heute von dem Brunkenhofbauern und seinem zweiten Gesicht. Paul Dahms.

Der Ostmarkfürst Heinrich der Löwe.

Einer unserer Größten war er; die Zeitgenossen priesen oder haßten ihn, an seiner Art schieden sich die Geister. Er war in einer Welt der Schwärmerei von härtestem, realpolitischem Willen durchdrungen, dem sein Schwert Achtung verschaffte. Er war die Persönlichkeit, ein Mensch, ein Mann eigenster Prägung und eigensten Willens, dessen Wirken aber ganz Deutschland — bis heute — zugute kam. Der Volksmund sang von ihm, daß er samt Albrecht dem Bären und Friedrich Rotbart die Welt verkehren könnte. Aber die deutsche Tragik stand auf und warf diese drei Männer gegeneinander und zerbrach ein gut Teil ihres Werkes. Was konnte aus Deutschland werden, wenn sie zusammengingen!

Er war ein starrer, harter, mißtrauischer Fürst; Freunde konnte er beleidigen, Anhänger zu Feinden machen. Und wiederum war er milde und fromm, und am Hofe seiner Gemahlin Mathilde, der Schwester Richard Löwenherz', erklangen die Minnelieder. Gegensätze, vielleicht erklärbar aus seiner süd- und norddeutschen Blutmischung, lassen ihn nicht zur letzten Entfaltung kommen. Aber alles, was er tut, gilt seiner Macht — gilt dem ersten großen, von ihm errichteten deutschen Oststaat.

An seiner Starrheit ist er gescheitert. Er verweigerte dem Freund, Vetter und Kaiser, Friedrich I. Barbarossa, die Heeresfolge in Italien. Er hatte seine Gründe. Aber diese Gründe zerrieben ihn. Die italienische und imperialistische Politik der Hohenstaufen bedeutete für ihn, der genug im Osten zu tun hatte, ein Opfer; aber ein größeres mußte er bringen, als der Kaiser des ungehorsamen Vasallen Staat zerschlug und ihn in die Verbannung schickte. Wäre er biegsamer gewesen, mehr Diplomat, er, der doch sonst die Schule der Diplomatie kannte! Das Schwert ist nicht alles; er mußte es erleben. Er war zu starr.

Aber mit ihm erlebte und erlitt die Ostmark die größte Tragödie. —

Als er einst die wendischen Fürsten um sich versammelt hatte, forderte er sie auf, den Gott der Christen zu bekennen. Sie lehnten es ab. „Unser Gott bist du!"

So stand er vor ihnen da, nicht der Eroberer nur, mehr als das: der Kulturschöpfer. Ein Faust, der mit freiem Volk und auf freiem Grunde stand. Mit seinem deutschen, seinem Niedersachsenvolk auf dem Grund der neuen Ostmark.

Das ist die große Tat des Niedersachsentums: die Rückgewinnung des Ostens. Die Tat vor allem Heinrichs des Löwen.

Dieser Osten war germanisch gewesen, solange Kulturdenkmäler und Geschichtsquellen von ihm zeugen. Aber die Völkerwanderung kam und führte die Germanen fort; in die menschenarmen Gebiete zwischen Weichsel und Elbe drang der Slawe. Da war Heinrich I. gekommen, der Deutsche. Vor tausend Jahren wandte er das Antlitz seines Volkes dem Osten zu. Brandenburg, Lenzen, Meißen feierten in diesen Tagen ein tausendjähriges Gedächtnis. Die Oder wurde zurückgewonnen, über ihre Breiten stieß man hinaus. Otto der Große setzte des Vaters Werk fort, aber zweigte die Linie seiner Politik zugleich wieder ab, nach Italien hin. Dieser doppelten Aufgabe, der Aufspaltung ins Nationalpolitische und Imperialistische, war Deutschland nicht gewachsen. So kam Rückschlag und Verfall.

Aber dann, 200 Jahre später, hebt jenes neue Kolonisieren an. Die Schauenburger, die Askanier, die Wettiner — sie alle kämpfen und siedeln und tragen das Deutschtum voran. „Gen Ostland wollen wir reiten … — aber keiner kam ihm gleich, dem großen Feldherrn und Staatsmann, dem Löwen Heinrich.

Der Chronist erzählt, und wie ein Jauchzen klingt es, daß das Wendenland zu einer einzigen Kolonie niedersächsischer Menschen geworden sei.

Der Bauer kommt und rodet die Wälder, der Kaufmann aus Soest baut Lübeck von neuem auf. Lübeck wird die Königin der Ostsee, von hier gehen die Züge der Deutschen bis ins Baltenland. Mecklenburg und Vorpommern gewinnt er der neuen Kultur, dem eisernen Pflug, dem Christentum: in nur 30 Jahren. Das Werk stand, als dann so vieles andere fiel und zerfiel.

Wie wäre die deutsche Geschichte gegangen, wenn Heinrichs Werk geblieben wäre, wenn die starken Söhne, die Mathilde ihm schenkte, es vollendet hätten! Zuviel der Rückschläge erlebte der deutsche Ostlandzug; wir haben den Frieden von Thorn 1466 und das Diktat von Versailles 1919, wir haben Mongolen- und Türkenstürme und viel versinkendes, versunkenes Volkstum auf vorgeschobenem Posten. Aber zu den schlimmsten Schicksalen, die den Osten treffen konnten, gehört die Zertrümmerung des Oststaates Heinrichs des Löwen und seine Ausschaltung aus der Ostpolitik. Wahrlich: deutsche Tragik:

München, Braunschweig und Lübeck, drei Hauptstädte, verdanken ihm Entstehung und Rang.

Wer durch die altertümlichen Straßen Braunschweigs wandert, spürt einen Hauch der Größe jener Zeit. Da steht, in den festen, erdverwachsenen Stil romanischer Baukunst gefügt, sein Schloß Dankwarderode, das er errichtete, in dem Mathilde, in dem er selber starb. Da wölbt sich sein Dom, in dem die beiden unter wundersamer Grabplatte ruhen, und an dessen einer Pforte die Stelle gezeigt wird, da die Tatze seines getreuen Löwen, der den toten Herrn suchte, sich tief eingrub in den Stein. Und da ragt das bronzene Denkmal des Löwen selber, nach Osten gewandt, ein Bild der Kraft, des unbeugsamen Willens, des Willens zu einer deutschen Ostmark.

Dr. Franz Lüdtke.

Aufruf zu einem Wettbewerb ostmärkischer Lieder.

Eine neue Zeit ist angebrochen. Die Grundlagen unseres Volkslebens werden wieder erkannt. Sie wurzeln in Blut und Boden, in Rasse und Landschaft. Sage und Brauchtum gewinnen wieder Wert. Volkstanz und Volkslied werden wieder geachtet. Die Kräfte der Heimat regen sich.

Auch das Volkslied der Ostmark ruft nach neuem Leben.

Die Pflege des Volkstums ist in der Ostmark dem Bunde Deutscher Osten als eine seiner vornehmsten Aufgaben anvertraut. Aus diesem Arbeitskreise heraus hat sich die Landesgruppe Ostmark die Aufgabe gestellt, im Verein mit dem Ostmärkischen Sängerbunde das ostmärkische Liedgut zu beleben. Zu diesem Zwecke wendet sie sich an die Dichter, Musiker und Sammler und ladet sie ein, sich an einem Wettbewerb ostmärkischer Lieder zu beteiligen. Es kommt darauf an, Texte guter Volkslieder und Kunstlieder zu sammeln und sie an Komponisten weiterzureichen, um im Wettbewerb ein volkstümliches, reines und den höchsten Anforderungen entsprechendes Liedgut schaffen zu helfen.

Das neue Lied muß der Ausdruck unserer Zeit sein und Landschaft und Volkstum der Ostmark wiedergeben. Auch das Kunstlied findet unser Interesse.

Wir suchen ferner gute Lieder- und Gedichtssammlungen aus Brandenburg, Posen und Westpreußen. Das alte, wertvolle, aber verklungene Volkslied soll wieder zu Ehren gebracht werden.

Unsere [illegible] werden. Ich bitte darum, sie durch die Art der Einsendung möglichst zu erleichtern. Die Texte sind auf Dinformat einzureichen. Das Blatt darf nur einseitig beschrieben sein. Wer Rücksendung verlangt, wird gebeten, Rückporto beizufügen. Schlußtag für die Einsendung der Texte ist der 15. Juni d. J. Die Texte werden geprüft und sogleich an die Komponisten ausgegeben.

Die Landesgruppe Ostmark ruft ebenso die Musiker auf, ihre Anschrift mitzuteilen, damit ihnen die Texte nach der Durchsicht sofort zugestellt werden können. Für die Vertonung stellt sie ihnen die Zeit bis zum 30. September d. J. zur Verfügung. Unmittelbar darauf beginnt die Bewertung. Das Ergebnis wird in den Zeitungen bekanntgegeben werden. Die ausgewählten Lieder werden im Laufe des Monats Oktober im Ostmärkischen Sängerbunde zur Einübung ausgegeben.

Im Monat Juni 1935 findet in Frankfurt a. O. das Kurmärkische Gausängerfest statt. Hier soll das neugewonnene Liedgut von Tausenden gesungen werden. Hunderttausende können es also bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1935 hören.

Die Aufgabe, die sich die Landesgruppe Ostmark gestellt hat, ist groß. Sie kann sie nur lösen, wenn sie durch den Eifer vieler Mithelfer unterstützt wird.

Alle Einsendungen sind zu richten an Hermann Pischke, Frankfurt a. O., Reinmannstr. 50, Amt „Heimat und Volkstum".

Der Landesführer Fr. K. Kriebel.

Aufruf an die Freikorpskämpfer.

Die Oberste SA.-Führung und 42 ehemalige Freikorpsführer, unter denen sich auch Aulock, Heydebreck, Hoefer, Hauenstein, Roßbach, Hülsen u. a. befinden, erlassen an alle ehemaligen Freikorpskämpfer folgenden Aufruf:

„Kameraden! Mit dem Siege der Nationalsozialistischen Revolution ist ein wichtiger Abschnitt der deutschen Geschichte beendet. In beinahe aussichtsloser und verzweifelter Lage habt ihr alten und jungen Frontsoldaten trotz vierjährigem Ringen an allen Fronten des Kriegsschauplatzes im großen Zusammenbruch 1918 freiwillig erneut zu den Waffen gegriffen, um in erbittertem Kleinkampf den äußeren und inneren Feind niederzuringen. Es ist an der Zeit, dieses Erleben in allen seinen Einzelheiten zu erfassen und in der Geschichtsschreibung für Kinder und Kindeskinder festzulegen. Es ist notwendig, die Erinnerungsstücke und Erlebnisberichte, die heute noch in Mengen vorhanden sind, zu sichern, damit nicht unersetzliche Quellen dieser Abschnitte der deutschen Nachkriegsgeschichte verlor[en] gehen. Im Einvernehmen mit der Obersten SA[.-] Führung ergeht deswegen an Euch der Aufruf, alle vorhanden[en] Erinnerungsstücke dem Schlageter-Gedächtnis-Museu[m] e. V., Berlin W 35, Hildebrandstr. 8, das in unsere[m] Auftrag gemeinsam mit dem Reichsarchiv die Vor[-]bereitungen für die Geschichtsschreibung der Fre[i-]korps übernommen hat, zu übersenden. In Betracht kommen v[or] allem Abzeichen, Ausweise, Personalpapiere, Bilder, Notizbüch[er], Briefe und sonstige Aufzeichnungen, Befehle, Meldungen, Karten, E[r-]lebnisberichte, Zeitungen, Flugblätter, Plakate. Jeder, der etw[as] beisteuert, und seien es die unscheinbarsten Papiere, hilft damit, d[en] Kämpfern der Preikorps ein würdiges Denkmal zu errichten."

Buchbesprechungen.

Der Osten in der deutschen Geschichte. In einem zusammenfassenden Aufsatz setzt sich Dr. Kurt v. Raumer in der Monatsschrift „Zeitwende“ (Verlag C. H. Beck, München) mit den geschichtlichen Grundlagen der Ostfrage auseinander. „Innen- und Außenpolitik vereinen sich, dem Ostproblem eine bisher nicht besessene Bedeutung zuzuweisen.“ Ergebnis: Ostdeutschland hat uns den Staat gegeben, in dem wir uns „nach allem und trotz allem noch immer bewegen“. Neben diesem ausgezeichneten, große Übersichten bietenden Aufsatz hat die „Zeitwende“ auch sonst wichtige Ostaufsätze gebracht — daneben eine Fülle politischer und kultureller Arbeiten. Die Monatsschrift erscheint im 10. Jahrgang (vierteljährlich 4 RM.). Dr. L.

Geschichte auf rassischer Grundlage. In einem Reclambändchen gibt Dr. Johann v. Leers die wissenschaftlichen Ergebnisse, die durch die Forschung der letzten Jahre gesichert erscheinen, und die fortab bei der Geschichtsschreibung und -betrachtung nicht außer acht gelassen werden dürfen. Wir stehen in der Entwicklung eines rasse- und damit eines neuen geisteswissenschaftlichen Denkens, das heute ganz andere Zeiträume umspannt als bisher. In diesem Denken erfährt die Nordische Rasse, das Germanentum und das Deutschtum eine völlig andere Wertung. Der Stolz, Deutscher zu sein, ist wieder erwacht. Wir danken dem nationalsozialistischen Kämpfer und zugleich tapferen Verfechter der Ostfragen, Dr. v. Leers, für sein knappes, ohne „wenn und aber“ geschriebenes Büchlein. Dr. Lüdtke.

Die kosmischen Ursachen der Völkerwanderungen. Von Edmund Kiß. (Leipzig, Köhler und Amelang.) Unsere Zeit hat sich endlich von der These der orientalischen bzw. asiatischen Urheimat der Menschen abgewandt. Schon vor 30 und mehr Jahren sind wir, als Mitarbeiterkreis von Theodor Fritschs „Hammer“, für die nordische Herkunft der arischen Rasse eingetreten und haben sie gegen die „Wissenschaft“ von damals verfochten. Naturgemäß erfordert die Tatsache der dauernden Abwanderung aus dem europäischen Nordraum und die Bildung nordisch bestimmter Rassen und Völker ihre Erklärung. Im Zusammenhang mit der Welteislehre Hörbigers und den Ergebnissen Herm. Wirths versucht Kiß, dem wir eine Reihe packender Dichtungen über Atlantis verdanken, die kosmischen Gründe für die Landveränderungen in der Arktis aufzuzeigen und dadurch die vieltausendjährigen, auch die deutsche Geschichte und das Ostland gestaltende Völkerwanderungen zu klären. (Preis 2 RM.) Dr. Lüdtke.

Die **„Schlesische Hochschul-Zeitung“** widmet ihre März-April-Nummer dem vom Reichsführer der Deutschen Studentenschaft verkündeten Ostsemester unter dem Motto: „Studenten: Schlesien ruft euch!“ In der Frage des Ostsemesters tritt Breslau mit Danzig, aber vor allem mit Königsberg in Wettbewerb. Dem Bestreben, Breslau als Hochschulstadt und Schlesien als politischen Raum dem deutschen Studenten nahezubringen, dient die lesenswerte Nummer der Zeitung. Dr. Stäbel, der Reichsführer der D. St., schickt ihr ein Geleitwort voraus. Über Breslau als Hochschulstadt schreibt Bürgermeister Schönwälder. Über Schlesien und seine Menschen handelt ein Artikel von Hermann Stehr. Schlesien, das in Landschaft und Kultur ein Spiegelbild Deutschlands ist, beschreibt Hans Christoph Kaergel. Einige Aufsätze sprechen über die Studienmöglichkeiten in Breslau, über die Aufgaben des Studenten und der Universitäten und Technischen Hochschulen im Osten, sowie über die Hochschule für Lehrerbildung in Beuthen. Weitere Aufsätze befassen sich mit dem großschlesischen Raum, mit dem schlesischen Grenzproblem, mit schlesischer Volkskunde u. a. m. Auch wer nicht Student ist, findet in dieser Nummer der „Schlesische Hochschul-Zeitung“ viel Anregendes und Wissenswertes.

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 46 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortl. für die Schriftl.: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 7/8 — J. v. W. g.